

Landtagsbeschluss Nr. 506

26. Landtagssitzung, XVII. Gesetzgebungsperiode,
Dienstag, 16.05.2017

Gesetz vom [...] über den Schutz und die Pflege der Natur (Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017 – StNSchG 2017) und mit dem das Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz 1968, das Nationalparkgesetz Gesäuse, das Steiermärkische Gentechnik-Vorsorgegesetz, das Steiermärkische Güter- und Seilwege-Landesgesetz sowie das Steiermärkische Umwelthaftungsgesetz geändert werden

Das beiliegende Gesetz wurde zum Beschluss erhoben.

Der Beschluss wurde **mehrheitlich** (mit den Stimmen von **SPÖ** und **ÖVP**) angenommen.

Die Übereinstimmung der Beschlusausfertigung mit der amtlichen Verhandlungsschrift wird bestätigt.

Landtagsbeschluss Nr. 506

Übermittlung zur weiteren Veranlassung an:

- **Abteilung 3 Verfassung und Inneres FA Verfassungsdienst**
- **Abteilung 3 - Landesgesetzblatt**

Übermittlung zur gefälligen Kenntnisnahme an:

- **Landesrat Anton Lang**
- **Landesamtsdirektion**

Graz, am 16.05.2017

Gesetz vom [...] über den Schutz und die Pflege der Natur (Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017 – StNSchG 2017) und mit dem das Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz 1968, das Nationalparkgesetz Gesäuse, das Steiermärkische Gentechnik-Vorsorgegesetz, das Steiermärkische Güter- und Seilwege-Landesgesetz sowie das Steiermärkische Umwelthaftungsgesetz geändert werden

Der Landtag Steiermark hat beschlossen:

Artikel 1

Gesetz über den Schutz und die Pflege der Natur (Steiermärkisches Naturschutzgesetz 2017 – StNSchG 2017)

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Allgemeine Ziele
- § 3 Allgemeiner Schutzzweck
- § 4 Begriffsbestimmungen

2. Abschnitt

Allgemeine Schutzmaßnahmen

- § 5 Schutz von natürlich stehenden und fließenden Gewässern und ihrer Uferbereiche
- § 6 Ankündigungen

3. Abschnitt

Besondere Schutzmaßnahmen

- § 7 Naturschutzgebiete
- § 8 Landschaftsschutzgebiete
- § 9 Europaschutzgebiete
- § 10 Naturparke
- § 11 Naturdenkmale
- § 12 Geschützte Landschaftsteile
- § 13 Bewahrung von Naturdenkmalen und geschützten Landschaftsteilen

4. Abschnitt

Vorläufiger Schutz

- § 14 Vorläufiger Schutz für zukünftige Landschafts- und Naturschutzgebiete
- § 15 Vorläufiger Schutz für zukünftige Europaschutzgebiete
- § 16 Vorläufiger Schutz für zukünftige Naturdenkmale und geschützte Landschaftsteile

5. Abschnitt

Schutz von Tieren, Vögeln, Pflanzen, Pilzen, Mineralien und Fossilien

- § 17 Schutz der nicht unter die VS-Richtlinie fallenden Tiere
- § 18 Schutz der Vögel
- § 19 Schutz der Pflanzen und Pilze
- § 20 Schutz von Mineralien und Fossilien

6. Abschnitt

Verfahrensbestimmungen zu Unterschutzstellungen

- § 21 Unterschutzstellungsverfahren für Natur- und Landschaftsschutzgebiete
- § 22 Unterschutzstellungsverfahren für Europaschutzgebiete
- § 23 Verfahren zur Erklärung von Naturdenkmalen und geschützten Landschaftsteilen
- § 24 Aufhebung von Erklärungen
- § 25 Ersichtlichmachung im Grundbuch

7. Abschnitt**Verfahrensbestimmungen für Bewilligungen und Anordnungen**

- § 26 Antrag
- § 27 Bewilligungen, ökologischer Ausgleich
- § 28 Naturverträglichkeitsprüfung
- § 29 Erlöschen von Bewilligungen
- § 30 Wiederherstellung

8. Abschnitt**Finanzielle Bestimmungen**

- § 31 Landschaftspflegefonds
- § 32 Entschädigung
- § 33 Vertraglicher Naturschutz

9. Abschnitt**Dokumentation und Pflege der Natur**

- § 34 Naturschutzbuch
- § 35 Kennzeichnung in der Natur
- § 36 Maßnahmen der Landschaftspflege

10. Abschnitt**Organe und Zuständigkeiten**

- § 37 Behörden
- § 38 Naturschutzbeauftragte
- § 39 Mitwirkung von Organen der Bundespolizei
- § 40 Betretungsrecht und Auskunftspflicht

11. Abschnitt**Straf- und Schlussbestimmungen**

- § 41 Strafbestimmungen
- § 42 EU-Recht
- § 43 Übergangsbestimmungen
- § 44 Inkrafttreten
- § 45 Außerkrafttreten

1. Abschnitt**Allgemeine Bestimmungen****§ 1****Geltungsbereich**

(1) Dieses Gesetz regelt den Schutz und die Pflege der belebten und unbelebten Natur einschließlich der vom Menschen gestalteten Kulturlandschaft.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für:

1. Maßnahmen im Zuge eines Einsatzes des Bundesheeres im Sinn der wehrrechtlichen Bestimmungen einschließlich der unmittelbaren Vorbereitung eines solchen Einsatzes;
2. Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr für das Leben oder für die Gesundheit von Menschen oder zur Abwehr von Katastrophen sowie im Zuge von Aufräumarbeiten im direkten Zusammenhang mit Katastrophen;
3. Maßnahmen im Rahmen eines Einsatzes von Organen der öffentlichen Sicherheit oder Aufsicht oder von Rettungsorganisationen einschließlich der dafür nötigen Vorbereitungsmaßnahmen;
4. das Ausbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) im Sinn des Steiermärkischen Gentechnik-Vorsorgegesetzes;

(3) Durch dieses Gesetz werden Zuständigkeiten des Bundes nicht berührt; insbesondere darf die Benutzbarkeit von Flächen und bestehenden Anlagen, die ausschließlich oder vorwiegend Zwecken des Bundesheeres, des Bergbaues oder des Eisenbahn-, Luft- und Straßenverkehrs dienen, nicht eingeschränkt werden.

§ 2

Allgemeine Ziele

(1) Die Natur soll in allen ihren Erscheinungsformen und Wechselwirkungen als Daseinsgrundlage aller Lebewesen nur soweit in Anspruch genommen werden, dass sie für nachfolgende Generationen unter Berücksichtigung der Erholungswirkung und nachhaltiger Nutzungen des Naturraumes erhalten bleibt.

(2) Durch Schutz- und Pflegemaßnahmen im Sinn dieses Gesetzes sollen erhalten, nachhaltig gesichert, verbessert und nach Möglichkeit wieder hergestellt werden:

- die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Natur- oder Kulturlandschaft,
- natürliche Lebensräume für Menschen, Tiere, Pflanzen und Pilze,
- die biologische Vielfalt der heimischen Tier- und Pflanzenwelt und der Pilze und
- die Leistungsfähigkeit und das Selbstregulierungsvermögen der Natur sowie ein weitgehend ungestörter Naturhaushalt (z. B. durch die Ermöglichung natürlicher Abläufe oder die Schaffung eines Biotopverbundes).

(3) Zu diesem Zweck sind insbesondere das Land und die Gemeinden angehalten, die Interessen des Naturschutzes bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu berücksichtigen und das Bewusstsein in der Bevölkerung entsprechend den Grundsätzen dieses Gesetzes zu entwickeln.

§ 3

Allgemeiner Schutzzweck

(1) Bei allen Vorhaben mit erwartbaren Auswirkungen auf Natur und Landschaft ist, sofern sich eine Bestimmung auf Abs. 1 bezieht, darauf Bedacht zu nehmen, dass dadurch

1. der Naturhaushalt in seinem Wirkungsgefüge oder
 2. der Landschaftscharakter
- nicht nachhaltig beeinträchtigt werden oder
3. das Landschaftsbild nicht nachhaltig verunstaltet wird.

(2) Eine nachhaltige Beeinträchtigung des Naturhaushaltes in seinem Wirkungsgefüge liegt insbesondere vor, wenn durch den Eingriff seltene oder gefährdete Tier- oder Pflanzenarten bzw. Pilze, deren Lebensräume oder Lebensgrundlagen in ihrer Vielfalt oder Häufigkeit geschädigt werden.

(3) Eine nachhaltige Beeinträchtigung des Charakters des betroffenen Landschaftsraumes ist insbesondere gegeben, wenn durch den Eingriff

1. eine Verarmung eines durch eine Vielfalt an Elementen gekennzeichneten Landschaftsraumes eintreten wird,
2. die Naturbelassenheit oder die naturnahe Bewirtschaftung eines Landschaftsraumes wesentlich gestört wird,
3. natürliche Oberflächenformen, wie Karstgebilde, Flussterrassen, Flussablagerungen, Gletscherbildungen, Bergstürze, naturnahe Fluss- und Bachläufe, wesentlich geändert werden oder
4. naturnahe Wasserflächen durch Regulierungen, Ausleitungen, Verbauungen, Verrohrungen, Einbauten, Anschüttungen wesentlich beeinträchtigt werden oder die Ufervegetation von Gewässern wesentlich aufgesplittert wird.

§ 4

Begriffsbestimmungen

Im Sinn dieses Gesetzes bedeuten:

1. **Altarme:** bei Mittelwasser von Fließgewässern durch natürliche oder menschliche Einflüsse einseitig abgetrennte ehemalige Haupt- oder Nebengerinne;
2. **Ankündigungen:** Einrichtungen, die Werbungen, Bezeichnungen, Hinweise und nichtamtliche Bekanntmachungen enthalten;
3. **Arten von gemeinschaftlichem Interesse:** Tier- und Pflanzenarten des Anhangs II, Anhangs IV und Anhangs V der FFH-Richtlinie, die
 - a) bedroht sind, außer denjenigen, deren natürliche Verbreitung sich nur auf Randzonen der im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten erstreckt und die weder bedroht noch potentiell bedroht sind,

- b) potentiell bedroht sind – deren baldiger Übergang in die Kategorie der bedrohten wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen als wahrscheinlich betrachtet wird, falls die ursächlichen Faktoren der Bedrohung fortauern,
 - c) selten sind – deren Populationen klein und, wenn nicht unmittelbar, doch mittelbar bedroht oder potentiell bedroht sind, oder
 - d) endemisch sind und in Folge der besonderen Merkmale ihres Habitats und/oder der potentiellen Auswirkungen ihrer Nutzung auf ihren Erhaltungszustand besondere Beachtung erfordern;
4. **Artenschutz:** umfasst
- a) den Schutz der wild lebenden Tiere, wild wachsenden Pflanzen und Pilze und ihrer Lebensgemeinschaften vor Beeinträchtigungen durch den Menschen, insbesondere durch menschlichen Zugriff,
 - b) den Schutz, die Pflege, die Entwicklung und die Wiederherstellung der Lebensräume wild lebender Tiere, wild wachsender Pflanzen und Pilze sowie die Gewährleistung ihrer sonstigen Lebensbedingungen,
 - c) die Ansiedlung verdrängter wild lebender Tiere, wild wachsender Pflanzen und Pilze in geeignete Lebensräume innerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebietes;
5. **Ausholzung:** Auslichtung oder kleinflächige Schlägerung bzw. auf den Stock setzen des Baum- und Strauchbestandes; eine Entfernung der Wurzelstöcke fällt nicht darunter;
6. **Biotop:** Lebensräume einer Lebensgemeinschaft wild lebender Tiere, wild wachsender Pflanzen und Pilze;
7. **Biotopverbund:** Netz von Biotopen, das ein Überleben bestimmter Arten sichert;
8. **Erhaltungszustand einer Art:** Gesamtheit der Einflüsse, die sich langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen auswirken können; der Erhaltungszustand einer Art wird als günstig betrachtet, wenn
- a) auf Grund der Daten über die Populationsdynamik des wild lebenden Tieres oder der wild wachsenden Pflanze anzunehmen ist, dass das wild lebende Tier oder die wild wachsende Pflanze ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem das wild lebende Tier oder die wild wachsende Pflanze angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird und
 - b) das natürliche Verbreitungsgebiet des wild lebenden Tieres oder der wild wachsenden Pflanze weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
 - c) ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen des wild lebenden Tieres oder der wild wachsenden Pflanze zu sichern;
9. **Erhaltungszustand eines natürlichen Lebensraumes:** Gesamtheit der Einwirkungen, die den betreffenden Lebensraum und die darin vorkommenden charakteristischen wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen beeinflussen und die sich langfristig auf seine natürliche Verbreitung, seine Struktur und seine Funktionen sowie das Überleben seiner charakteristischen wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen auswirken können; der Erhaltungszustand eines natürlichen Lebensraumes wird als günstig erachtet, wenn
- a) sein natürliches Verbreitungsgebiet sowie die Flächen, die er in diesem Gebiet einnimmt, beständig sind oder sich ausdehnen und
 - b) die für seinen langfristigen Fortbestand notwendige Struktur und spezifischen Funktionen bestehen und in absehbarer Zukunft wahrscheinlich weiterbestehen werden und
 - c) der Erhaltungszustand der für ihn charakteristischen wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen günstig ist;
10. **Flurgehölze:** Einzelgehölze, Gehölzreihen oder Gehölzgruppen;
11. **Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung:** Gebiete, die in signifikantem Maße dazu beitragen, einen natürlichen Lebensraumtyp des Anhangs I oder eine Tier- und Pflanzenart des Anhangs II der FFH-Richtlinie in einem günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder einen solchen wieder herzustellen und die auch in signifikantem Maße zur Kohärenz des Netzes Natura 2000 oder zur biologischen Vielfalt beitragen können; bei Tierarten, die große Lebensräume beanspruchen, entsprechen diese Gebiete den Orten im natürlichen Verbreitungsgebiet dieser Arten, welche die für ihr Leben und ihre Fortpflanzung ausschlaggebenden physischen und biologischen Elemente aufweisen; Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung sind in der Liste gemäß Art. 4 Abs. 2 dritter Satz der FFH-Richtlinie eingetragen;
12. **Hecken:** lineare Elemente aus Sträuchern, Bäumen oder Sträuchern und Bäumen;

13. **Lahnen:** zumindest periodisch wasserführende, grundwassergespeiste Flächen in Augebieten von (ehemals) verzweigten Fließgewässern;
14. **Land- und forstwirtschaftliche Nutzung:** jede rechtmäßige und zeitgemäße Tätigkeit zur Hervorbringung und Gewinnung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Hilfe der Naturkräfte;
15. **Moore von regionaler Bedeutung:** Moorflächen, die für eine Region eine bemerkenswerte ökologische oder landschaftliche Bedeutung besitzen;
16. **Natürlich fließende Gewässer:** zeitweise oder ständig wasserführende Gewässer, deren Wasserführung von der Natur beeinflusst wird; künstliche Wasserableitungen (Kanäle) sind keine natürlich fließenden Gewässer; bei diesen wird die fließende Wassermenge vom Menschen und nicht von der Natur bestimmt;
17. **Pilze:** von der Pilzkunde umfasste Organismen; dazu zählen echte Pilze, Flechten und Schleimpilze;
18. **Prioritäre Arten:** wild lebende Tiere und wild wachsende Pflanzen, für deren Erhaltung der Europäischen Union besondere Verantwortung zukommt und die in Anhang II der FFH-Richtlinie mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet sind;
19. **Prioritäre natürliche Lebensraumtypen:** vom Verschwinden bedrohte natürliche Lebensräume, für deren Erhaltung der Europäischen Union besondere Verantwortung zukommt und die in Anhang I der FFH-Richtlinie mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet sind;
20. **Schutzzweck von Europaschutzgebieten:** erstreckt sich
 - a) in Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung auf die Bewahrung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der natürlichen Lebensraumtypen gemäß Anhang I und der Tier- und Pflanzenarten gemäß Anhang II der FFH-Richtlinie und
 - b) in Vogelschutzgebieten auf die Erhaltung der Vogelarten gemäß Anhang I und aller sonstigen nicht in Anhang I der VS-Richtlinie angeführten Zugvogelarten;
21. **Schwenden:** Beseitigung des Bewuchses von Jungbäumen und Sträuchern auf Brachflächen, insbesondere auf Almen;
22. **Seen:** stehende Gewässer, deren Wasserkörper durch die Tiefe eine längerfristige Schichtung hinsichtlich Temperatur, Nährstoff- und Sauerstoffgehalt aufweisen;
23. **Totarme:** bei Mittelwasser von Fließgewässern durch natürliche oder menschliche Einflüsse vollständig abgetrennte ehemalige Haupt- oder Nebengerinne;
24. **Uferlinie:** Anschlaglinie des Mittelwassers;
25. **Vogelschutzgebiete:** Gebiete zur Erhaltung von Vogelarten im Sinn des Art. 4 Abs. 1 und 2 der VS-Richtlinie;
26. **Vorhaben:** alle Handlungen, die als mögliche Eingriffe in der Natur und Landschaft zu werten sind;
27. **Weiher:** stehende Gewässer, deren Wasserkörper lichtdurchflutet sind und keine dauerhafte thermische Schichtung aufweisen.

2. Abschnitt

Allgemeine Schutzmaßnahmen

§ 5

Schutz von natürlich stehenden und fließenden Gewässern und ihrer Uferbereiche

(1) Im Bereich von eiszeitlich entstandenen Seen und Weihern einschließlich deren Umkreis bis zu einem 10 m breiten landeinwärts gemessenen Geländestreifen bedürfen einer Bewilligung:

1. die Errichtung von Bauten und Anlagen;
2. die Vornahme von Geländeänderungen.

(2) Im Bereich von natürlich fließenden Gewässern einschließlich ihrer Altgewässer (Alt- und Totarme, Lahnen u. dgl.) bedürfen einer Bewilligung:

1. die Errichtung von Wasserkraftanlagen einschließlich aller Nebenanlagen und die Änderung des Betriebes, soweit diese auf die ökologische Funktionsfähigkeit oder das Erscheinungsbild des Fließgewässers Einfluss haben können;
2. Bauten und Anlagen, die eine Verlegung des Bettes oder eine wesentliche Veränderung des Bettes oder der Ufer vorsehen;

3. Verrohrungen, die über das Ausmaß eines Brückenbauwerkes hinausgehen;
4. Zu- und Aufschüttungen, Materialablagerungen oder Gewinnungsstätten für Sand und Schotter im Bereich der Sohle oder in einem 10 m breiten von der Uferlinie landeinwärts gemessenen Geländestreifen, ausgenommen geringfügige, ohne besondere Vorrichtungen vorgenommene Bodenentnahmen für den Eigenbedarf;
5. die nicht forstrechtlichen Bestimmungen unterliegende Entnahme von Bäumen und Sträuchern des Uferbewuchses, ausgenommen die nicht bestandsgefährdende periodische oder auf Grund eines gesetzlichen oder behördlichen Auftrages vorzunehmende Ausholzungen des Bewuchses und das Schwenden.

(3) Zur Feststellung hochwertiger Gewässerabschnitte von natürlich fließenden Gewässern und deren Uferbereiche können durch Verordnung der Landesregierung die Vorgaben für die Bewertung festgelegt werden. In der Verordnung sind der Anwendungsbereich, der Betrachtungsraum, die Bewertungskriterien für die Hochwertigkeit eines Gewässerabschnittes im Sinn des § 3 Abs. 1, die Einstufungen der Hochwertigkeit eines Gewässerabschnittes sowie das Formular für die Bewertung der Hochwertigkeit eines Gewässerabschnittes festzulegen.

(4) In gemäß Abs. 3 hochwertig bewerteten Gewässerabschnitten dürfen keine Ausleitungskraftwerke bewilligt werden.

(5) Die Abs. 1 bis 4 sind nicht anzuwenden auf eiszeitlich entstandene Seen und Weiher sowie natürlich fließende Gewässer, die innerhalb eines geschützten Bereiches gemäß §§ 7, 11 oder 12 liegen.

§ 6

Ankündigungen

(1) Ankündigungen, die nach straßenpolizeilichen Bestimmungen nicht bewilligungspflichtig sind, bedürfen außerhalb geschlossener Ortschaften einer Bewilligung.

(2) Eine Bewilligung ist nicht erforderlich für

1. Ankündigungen, die

- a) in ihrer Ausführungsart durch Gesetz oder Verordnung festgelegt sind,
- b) zur Bezeichnung von Geschäfts- oder Betriebsstätten gesetzlich vorgeschrieben sind,
- c) auf landwirtschaftliche Feldversuche oder auf die eigene Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte hinweisen oder
- d) über naturräumliche Besonderheiten informieren;

2. Hinweise ohne Werbezusätze, die der Auffindung nahe gelegener Geschäfts- oder Betriebsstätten oder von Naturschönheiten, Kulturstätten und Örtlichkeiten dienen oder die Verhaltensregeln enthalten;

3. Ankündigungen, die von Wählergruppen, die sich an der Werbung für die Wahl zum Europäischen Parlament, zu einem allgemeinen Vertretungskörper, zu den satzungsgebenden Organen einer gesetzlich berufenen Vertretung, zum Bundespräsidenten oder für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen auf Grund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften beteiligen, innerhalb von sechs Wochen davor bis spätestens zwei Wochen danach.

(3) Ankündigungen gemäß Abs. 2 Z. 1 lit. b bis d, Z. 2 und 3 sind in Größe, Form und Farbe so auszuführen, dass sie zu keiner Verunstaltung des Landschaftsbildes führen. Entspricht eine Ankündigung dieser Voraussetzung nicht, hat die Behörde der Eigentümerin/dem Eigentümer der Ankündigung eine entsprechende Abänderung, wenn diese aber nicht möglich ist, die Entfernung binnen angemessener Frist vorzuschreiben.

(4) Ankündigungen an Bäumen und im geschützten Bereich von Naturdenkmälern oder geschützten Landschaftsteilen, ausgenommen Informationen gemäß Abs. 2 Z. 1 lit. a sowie Ankündigungen an Bildstöcken, Martern und Wegkreuzen sind verboten.

(5) Dem Antrag auf Bewilligung sind der Nachweis der Zustimmung der Grundeigentümerin/des Grundeigentümers und, sofern dieser nicht elektronisch eingebracht wird, in zweifacher Ausfertigung ein Übersichtsplan im Katastermaßstab mit der für die Beurteilung maßgeblichen Umgebung sowie eine maßstab- und farbgetreue Skizze mit der Beschreibung des Vorhabens und der Angabe des Ortes der geplanten Situierung anzuschließen.

(6) Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn eine standortbezogene Notwendigkeit glaubhaft gemacht wird und die Ankündigung durch Art, Wirkung, Größe, Form und Farbe das Landschaftsbild nicht verunstaltet. Je nach dem Zweck der Ankündigung kann die Bewilligung befristet werden.

(7) Nicht bewilligte, nicht nach Ablauf der Frist gemäß Abs. 2 Z. 3 entfernte sowie verwahrloste oder verbotene Ankündigungen sind von der Behörde sofort zu entfernen oder entfernen zu lassen. Hievon ist die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer zu verständigen. Soweit es sich nicht nur um Plakate oder ähnliche Gegenstände geringen Wertes handelt, hat die Behörde die Eigentümerin/den Eigentümer der entfernten Ankündigung zu deren Übernahme aufzufordern. Ist die Eigentümerin/der Eigentümer der entfernten Ankündigung oder ihr Aufenthaltsort unbekannt, ist eine mögliche Übernahme der Ankündigung durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde kundzumachen. Mit der Nichtübernahme innerhalb eines Monats nach Aufforderung bzw. Anschlag erlöschen alle bisherigen Rechte an der Ankündigung.

(8) Die Kosten der Entfernung und Aufbewahrung einer Ankündigung gemäß Abs. 7 hat die Eigentümerin/der Eigentümer der Ankündigung der Behörde zu ersetzen.

3. Abschnitt **Besondere Schutzmaßnahmen**

§ 7

Naturschutzgebiete

(1) Moore von mindestens regionaler Bedeutung sind als naturschutzfachlich hochpriorisierte Biotoptypen mit der für den Schutzzweck unbedingt notwendigen Randzone durch Verordnung der Landesregierung zu Naturschutzgebieten zu erklären.

(2) Andere Gebiete, die

1. weitgehend ursprünglich sind,
2. eine besondere Vielfalt von Tier- oder Pflanzenarten bzw. Pilzen aufweisen,
3. seltene oder gefährdete Tier- oder Pflanzenarten bzw. Pilze einschließlich ihrer Lebensgemeinschaften aufweisen oder
4. eine sonstige besondere naturwissenschaftliche Bedeutung besitzen,

können durch Verordnung der Landesregierung zu Naturschutzgebieten erklärt werden. Soweit die Inanspruchnahme der Umgebung solcher Gebiete nachhaltige Auswirkungen auf den Schutzzweck hat, kann sie als unbedingt notwendige Randzone in das Naturschutzgebiet einbezogen werden.

(3) Erhaltungswürdige Gebiete im Sinn des Abs. 2 können sein:

1. alpine Landschaften, Berg-, See- oder Flusslandschaften;
2. Urwaldreste, Halbtrocken- und Trockenrasen;
3. Standorte und abgegrenzte Lebensräume von schutzwürdigen Tier- oder Pflanzenarten bzw. Pilzen (Tier-Pflanzen-Pilzschutzgebiete).

(4) In der Verordnung sind neben der Abgrenzung des Schutzgebietes der Gegenstand, der Zweck und die Ziele des Schutzes sowie die Handlungen festzulegen, die nach den örtlichen Gegebenheiten als Beeinträchtigungen im Sinn des § 3 Abs. 1 verboten sind, wobei Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzzwecks und der Schutzziele keine verbotenen Handlungen darstellen. Ferner ist in der Verordnung festzulegen, ob und in welchen Gebietsteilen nicht dem Schutzzweck widersprechende Bewilligungen von Ausnahmen zulässig sind.

§ 8

Landschaftsschutzgebiete

(1) Gebiete, die

1. besondere landschaftliche Schönheiten oder Eigenarten aufweisen oder
2. im Zusammenwirken von Nutzungsart und Bauwerken als Kulturlandschaft von seltener Charakteristik sind,

können durch Verordnung der Landesregierung zu Landschaftsschutzgebieten erklärt werden.

(2) In der Verordnung sind neben der Abgrenzung des Schutzgebietes der Gegenstand, der Zweck und die Ziele des Schutzes unter Berücksichtigung des sich aus Abs. 1 ergebenden Erholungswertes sowie die nach dem Schutzzweck erforderlichen Beschränkungen festzulegen.

(3) In Landschaftsschutzgebieten bedürfen außerhalb geschlossener Ortschaften und des Bereiches von eiszeitlich entstandenen Seen und Weihern sowie natürlich fließenden Gewässern einer Bewilligung:

1. Bodenentnahmen (Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Schotter- und Torfgewinnungsanlagen, Abbau von Lagerstätten u. dgl.) oder die Ausweitung bestehender Gewinnungsstätten;

2. die Errichtung von nicht im Bauland liegenden Bauten und Anlagen, ausgenommen Ansitzeinrichtungen, Fütterungen sowie Bauten und Anlagen, die für die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung unerlässlich sind;
3. Erdbewegungen, die nicht im Zusammenhang mit der Errichtung von Bauten und Anlagen stehen, sofern sie Beeinträchtigungen im Sinn des § 3 Abs. 1 zur Folge haben;
4. die dauerhafte Beseitigung von Flurgehölzen oder Hecken abseits von Hausgärten.

§ 9

Europaschutzgebiete

(1) Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und Vogelschutzgebiete sind durch Verordnung der Landesregierung zu Europaschutzgebieten zu erklären. In der Verordnung sind neben der Abgrenzung des Schutzgebietes der Gegenstand, der Zweck und die Ziele des Schutzes sowie die nach dem Schutzzweck erforderlichen Ge- oder Verbote und Maßnahmen festzulegen. Im Ausnahmefall kann die Landesregierung Verbote auch nach Erlassung der Verordnung durch Bescheid vorschreiben.

(2) Zur Wahrung des Schutzzwecks sind für Europaschutzgebiete die erforderlichen Pflege-, Entwicklungs- und Erhaltungsmaßnahmen rechtlicher, administrativer oder vertraglicher Art zu treffen, die den ökologischen Erfordernissen der natürlichen Lebensraumtypen des Anhangs I und der Tier- und Pflanzenarten des Anhangs II der FFH-Richtlinie sowie der Vogelarten des Anhangs I und aller sonstigen nicht in Anhang I der VS-Richtlinie angeführten Zugvogelarten entsprechen, die in diesen Gebieten vorkommen.

(3) In Europaschutzgebieten ist der Erhaltungszustand der natürlichen Lebensraumtypen des Anhangs I und der Tier- und Pflanzenarten des Anhangs II der FFH-Richtlinie zu überwachen, wobei die prioritären natürlichen Lebensraumtypen und die prioritären Arten besonders zu berücksichtigen sind.

(4) Das Land hat Beiträge für die Erhaltung, Gestaltung und Pflege der Europaschutzgebiete zu leisten.

§ 10

Naturparke

(1) Gebiete, die einen für die Steiermark besonders charakteristischen Landschaftstypus darstellen und durch das Zusammenwirken verschiedener Faktoren günstige Voraussetzungen für die Vermittlung von Kenntnissen über die natürlichen und kulturlandschaftlichen Gegebenheiten sowie für die Erholung bieten, können durch Verordnung der Landesregierung das Prädikat Naturpark erhalten.

(2) Voraussetzungen für die Erklärung eines Gebietes zum Naturpark sind, dass

1. es zu einem Schutzgebiet im Sinn des § 7 Abs. 2 Z. 1 oder § 8 Abs. 1 erklärt wurde bzw. einen Teil eines solchen bildet;
2. sich die in dem als Naturpark vorgesehenen Bereich liegenden Gemeinden in einem Naturparkverein als Trägerorganisation zusammengeschlossen haben, dem auch möglichst viele örtlich und regional auf den Gebieten des Naturschutzes, der Landschafts- oder Kulturpflege, der Jagd und Fischerei, der Land- und Forstwirtschaft und des Tourismus tätige Organisationen und Einzelpersonen angehören;
3. vom Trägerverein ein Managementplan erstellt wird, der unter Einbeziehung der ortsansässigen Bevölkerung alle erforderlichen Angaben über die landschaftlichen und naturkundlichen Gegebenheiten und die erforderlichen Erhaltungs- und Gestaltungsziele sowie Maßnahmen enthält und der bei geänderten Rahmenbedingungen an die aktuellen Erfordernisse angepasst wird;
4. vom Naturparkverein gewährleistet wird, dass die erforderlichen Erhaltungs- und Gestaltungsmaßnahmen anhand eines jährlich zu erstellenden Arbeitsprogramms ausgeführt werden;
5. Eigenmittel für die Ausführung aller Maßnahmen in angemessener Höhe zur Verfügung gestellt werden.

(3) Das Land hat aus den Mitteln des Landschaftspflegefonds Beiträge zu den Erhaltungs- und Gestaltungsmaßnahmen eines Naturparks zu leisten.

§ 11

Naturdenkmale

- (1) Eine hervorragende Einzelschöpfung der Natur, die wegen
 1. ihrer wissenschaftlichen oder kulturellen oder ökologischen Bedeutung,
 2. ihrer Eigenart, Schönheit oder Seltenheit oder

3. ihres besonderen Gepräges für das Landschaftsbild erhaltenswürdig ist, kann von der Behörde zum Naturdenkmal erklärt werden. In der Erklärung ist die Abgrenzung des geschützten Bereiches festzulegen.

(2) Zum Naturdenkmal können insbesondere erklärt werden:

- einzelne Bäume;
- Quellen, sofern sie nicht Heilquellen sind oder der Wasserversorgung dienen;
- Wasserfälle;
- Felsbildungen;
- Gletscherspuren;
- Moränen;
- Klammern und Schluchten mit ihrer Wasserführung;
- erdgeschichtliche Aufschlüsse oder Erscheinungsformen (Geotope z. B. Vulkanismus, Wanderblöcke und eiszeitliche Böden);
- Vorkommen einzigartiger Gesteine und Mineralien;
- fossile Tier- oder Pflanzenvorkommen.

§ 12

Geschützte Landschaftsteile

(1) Teilbereiche der Landschaft, die

1. das Landschaftsbild besonders prägen, beleben oder gliedern,
2. naturdenkmalwürdige Landschaftsbestandteile aufweisen,
3. mit einem Bauwerk oder einer Anlage eine Einheit bilden oder
4. als Grünfläche in einem verbauten Gebiet zur Erholung dienen und wegen der kleinklimatischen, ökologischen oder kulturgeschichtlichen Bedeutung erhaltenswürdig sind,

können von der Behörde zu geschützten Landschaftsteilen erklärt werden. In der Erklärung ist die Abgrenzung des geschützten Bereiches festzulegen.

(2) Zu geschützten Landschaftsteilen können insbesondere erklärt werden:

- Teiche;
- Wasserläufe;
- Auen;
- Hecken;
- Flurgehölze;
- Alleeen;
- Park- und Gartenanlagen;
- charakteristische Anpflanzungen oder Geländeformen;
- Ökoflächen aus Flurbereinigungs- oder Grundzusammenlegungsverfahren.

§ 13

Bewahrung von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsteilen

(1) Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsteile dürfen nicht zerstört, in ihrem Bestand gefährdet oder sonst nachteilig verändert werden.

(2) Spätestens vier Wochen vor Durchführung eines Vorhabens an einem Naturdenkmal oder in einem geschützten Landschaftsteil ist der Behörde eine Anzeige zu erstatten, die eine Prüfung des Vorhabens auf die Einhaltung des jeweiligen Schutzzwecks ermöglicht.

(3) Die Grundeigentümerin/Der Grundeigentümer oder die Nutzungsberechtigte/der Nutzungsberechtigte hat die übliche Pflege, bei Ausfällen durch natürliche Einwirkungen in geschützten Landschaftsteilen auch Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Eine unzumutbare Vornahme solcher Handlungen hat die Betroffene/der Betroffene der Behörde zu melden. Von der Behörde wird das weitere Vorgehen bestimmt.

(4) Die Grundeigentümerin/Der Grundeigentümer oder die Nutzungsberechtigte/der Nutzungsberechtigte hat der Behörde ab Kenntnis einen außerordentlichen Pflegebedarf oder eine Gefährdung von zum Naturdenkmal erklärten Bäumen anzuzeigen. Die Durchführung der von der Behörde zu veranlassenden erforderlichen Maßnahmen sind zu dulden.

(5) Die Kosten für Pflegemaßnahmen und Ersatzpflanzungen sind aus Mitteln des Landschaftspflegefonds zu bestreiten, sofern das Naturdenkmal oder der geschützte Landschaftsteil nicht im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder im Mehrheitseigentum einer Gebietskörperschaft an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung steht.

4. Abschnitt Vorläufiger Schutz

§ 14

Vorläufiger Schutz für zukünftige Landschafts- und Naturschutzgebiete

(1) Ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung der Einleitung des Verfahrens gemäß § 21 Abs. 1 sind alle Handlungen zu unterlassen, die den beabsichtigten Schutz beeinträchtigen können.

(2) Das Verbot gemäß Abs. 1 tritt außer Kraft, wenn die Verordnung nicht binnen einem Jahr ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung erlassen wurde.

(3) Für die Bewilligung einer Ausnahme von Abs. 1 gilt § 27 sinngemäß.

§ 15

Vorläufiger Schutz für zukünftige Europaschutzgebiete

(1) In einem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung sind bis zur Erklärung zum Europaschutzgebiet gemäß § 9 Abs. 1 alle Handlungen verboten, die zu erheblichen Beeinträchtigungen der für den Schutzzweck maßgeblichen Schutzgüter führen können. Dasselbe gilt für Gebiete, die der Europäischen Kommission gemeldet und gemäß § 22 bekannt gemacht wurden, aber noch nicht in der in § 4 Z. 11 letzten Satz angeführten Liste mit Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung eingetragen sind.

(2) Der Schutz gemäß Abs. 1 tritt außer Kraft, wenn die gemeldeten Gebiete nicht in der in § 4 Z. 11 letzten Satz angeführten Liste mit Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung aufgenommen werden.

(3) Für Gebiete gemäß Abs. 1 gilt § 28 sinngemäß.

§ 16

Vorläufiger Schutz für zukünftige Naturdenkmale und geschützte Landschaftsteile

(1) Die Zustellung der Verständigung von der Einleitung eines Verfahrens an die Grundeigentümerin/den Grundeigentümer oder die Nutzungsberechtigte/den Nutzungsberechtigten gemäß § 23 bewirkt den Eintritt der in § 13 Abs. 1, 3 und 4 umschriebenen Rechtsfolgen.

(2) Bei Bedarf ist von der Behörde das zu schützende Naturdenkmal oder der zu schützende Landschaftsteil zu kennzeichnen. Mit erfolgter Kennzeichnung treten für die Allgemeinheit die in § 13 Abs. 1 und 2 festgelegten Rechtsfolgen ein.

(3) Die Verständigung verliert ihre Wirkung, wenn von der Behörde die Absicht der Unterschutzstellung ausdrücklich widerrufen oder ein Unterschutzstellungsbescheid nicht binnen eines Jahres erlassen wurde.

5. Abschnitt

Schutz von Tieren, Vögeln, Pflanzen, Pilzen, Mineralien und Fossilien

§ 17

Schutz der nicht unter die VS-Richtlinie fallenden Tiere

(1) Die in Anhang IV lit. a der FFH-Richtlinie angeführten Tierarten sind durch Verordnung der Landesregierung zu schützen. Der Schutz betrifft alle Entwicklungsstadien der wild lebenden Tiere. Sonstige von Natur aus wild lebende, nicht dem Jagdrecht unterliegende Tiere, deren Bestand gefährdet oder aus Gründen der Erhaltung eines ausgeglichenen Naturhaushaltes zu sichern ist, können durch Verordnung der Landesregierung geschützt werden. In der Verordnung können für gezüchtete Exemplare geschützter Tierarten Vorschriften über die Meldung des Bestandes der gezüchteten Tierarten aufgenommen werden. Bei der Erlassung von Verordnungen ist die steirische Landesjägerschaft anzuhören.

(2) Für geschützte Tierarten gelten folgende Verbote:

1. alle absichtlichen Formen des Fanges oder der Tötung,

2. jede absichtliche Störung, insbesondere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten,
3. jede absichtliche Zerstörung oder Entnahme von Eiern aus der Natur,
4. jede Beschädigung oder Vernichtung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten und
5. der Besitz, Transport, Handel oder Tausch und das Angebot zum Verkauf oder Tausch von aus der Natur entnommenen Exemplaren oder deren Körperteilen; vor dem 1. Juni 2000 rechtmäßig entnommene Exemplare sind hievon ausgenommen.

(3) Für Tierarten, die in der Steiermark nicht vorkommen, die aber unter die Schutzbestimmungen der FFH-Richtlinie fallen, gilt Abs. 2 Z. 5.

(4) Die Landesregierung hat, sofern dies auf Grund der Überwachung des Erhaltungszustandes der Tierarten des Anhangs V lit. a der FFH-Richtlinie erforderlich ist, geeignete Maßnahmen für die Entnahme und Nutzung dieser Arten durch Verordnung vorzuschreiben sowie die Auswirkungen der verordneten Maßnahmen zu beurteilen. Geeignete Maßnahmen sind insbesondere:

1. Vorschriften bezüglich des Zuganges zu bestimmten Bereichen,
2. das zeitlich oder örtlich begrenzte Verbot der Entnahme von Exemplaren aus der Natur und der Nutzung bestimmter Populationen,
3. die Regelung der Entnahmeperioden oder Entnahmeformen,
4. die Einführung eines Systems von Bewilligungen für die Entnahme oder von Quoten,
5. die Regelung von Kauf, Verkauf, Feilhalten, Besitz oder Transport zwecks Verkauf der Exemplare und
6. das Züchten von Tierarten in Gefangenschaft unter streng kontrollierten Bedingungen, um die Entnahme von Exemplaren aus der Natur zu verringern.

(5) Sofern es keine andere Möglichkeit gibt und die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen, kann die Landesregierung von den Schutzbestimmungen des Abs. 2 und 4 Ausnahmen bewilligen oder verordnen:

1. zum Schutz der übrigen wild lebenden Tiere, wild wachsenden Pflanzen und Pilze und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume;
2. zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen, Gewässern und Eigentum;
3. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt;
4. zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedlung und der für diese Zwecke erforderlichen Aufzucht;
5. unter strenger Kontrolle zur selektiven und beschränkten Entnahme oder Haltung einer begrenzten spezifizierten Anzahl von geschützten Exemplaren bestimmter wild lebender Tiere;
6. zu Zwecken der Errichtung oder Aufstellung von Bauten und Anlagen, die keine natürlichen Lebensräume der Tierarten des Anhangs IV lit. a der FFH-Richtlinie betreffen.

(6) Die Bewilligung von Ausnahmen gemäß Abs. 5 ist erforderlichenfalls unter Vorschreibung von Auflagen oder Bedingungen zu erteilen.

(7) In einer Verordnung gemäß Abs. 5 über Ausnahmen sind festzulegen:

1. die wild lebenden Tiere, für welche die Ausnahmen gelten,
2. die zulässigen Fang- oder Tötungsmittel, -einrichtungen und -methoden,
3. die Risiken vermeidenden, zeitlichen sowie örtlichen Umstände,
4. die vorzunehmenden Kontrollen und
5. die Art der Berichte über die entnommenen Exemplare.

(8) Sofern die Entnahme, der Fang oder das Töten von wild lebenden Tieren zulässig ist, ist für Säugetiere des Anhangs IV lit. a und des Anhangs V lit. a der FFH-Richtlinie die Verwendung der in Anhang VI lit. a der FFH-Richtlinie genannten Fang- und Tötungsgeräte sowie jede Form des Fanges oder Tötens mittels der in Anhang VI lit. b genannten Transportmittel verboten, soweit durch die Anwendung das örtliche Verschwinden von Populationen dieser Arten hervorgerufen werden könnte oder diese erheblich gestört werden könnten.

(9) Die Wiederansiedlung von nicht dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten ist bewilligungspflichtig. Die Bewilligung ist von der Landesregierung zu erteilen, wenn sich dies weder auf die natürlichen

Lebensräume noch auf die örtliche Tier- und Pflanzenwelt und die Pilze nachteilig auswirkt. Ein Aussetzen von Tier-Hybriden und von invasiven gebietsfremden Tierarten, die auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bei der für Naturschutz zuständigen Abteilung bekannt gemacht wurden, ist verboten.

(10) Spätestens drei Monate vor Beginn der Ausführung sind der Landesregierung von naturschutzrechtlich nicht bewilligungspflichtigen

1. Windkraftanlagen,
2. Skiliften oder Skipisten,
3. Bodenentnahmen (Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Schotter- und Torfgewinnungsanlagen, Abbau von Lagerstätten) oder Ausweitungen bestehender Gewinnungsstätten und
4. Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit einer Mindestgröße von 2.500 m²

Unterlagen zur Prüfung auf die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen vorzulegen.

§ 18

Schutz der Vögel

(1) Alle von Natur aus wild lebenden Vögel mit Ausnahme der in Anhang II Teil A und B der VS-Richtlinie als jagdbar angeführten Vogelarten sind geschützt. Durch Verordnung der Landesregierung können für gezüchtete Exemplare geschützter Vogelarten Vorschriften über die Kennzeichnung und Meldung des Bestandes der gezüchteten Vogelarten festgelegt werden. Bei der Erlassung der Verordnung ist die steirische Landesjägerschaft anzuhören.

(2) Für geschützte Vogelarten gelten folgende Verbote:

1. das absichtliche Töten oder Fangen, ungeachtet der angewandten Methode,
2. die absichtliche Zerstörung oder Beschädigung sowie Entfernung von Nestern und Eiern aus der Natur, einschließlich deren Besitz auch in leerem Zustand,
3. das absichtliche Stören, insbesondere während der Brut- und Aufzuchtzeit, sofern sich diese Störung erheblich auswirkt,
4. das Halten von wild lebenden Vögeln aller Art, die nicht bejagt oder gefangen werden dürfen und
5. der Besitz oder Verkauf von lebenden und toten wild lebenden Vögeln und von deren ohne weiteres erkennbaren Teilen oder aus diesen Tieren gewonnenen Erzeugnissen sowie deren Beförderung und Halten für den Verkauf und das Anbieten zum Verkauf.

(3) Ein Verbot des Abs. 2 Z. 5 gilt nicht für die in Anhang III Teil A der VS-Richtlinie angeführten Vogelarten, sofern die wild lebenden Vögel rechtmäßig getötet oder gefangen oder sonst rechtmäßig erworben wurden.

(4) Die Landesregierung kann Ausnahmen von einem Verbot des Abs. 2 Z. 5 für die in Anhang III Teil B der VS-Richtlinie angeführten, nicht dem Jagdrecht unterliegenden Vogelarten bewilligen, sofern die wild lebenden Vögel rechtmäßig getötet oder gefangen oder sonst rechtmäßig erworben wurden. Mit Ausnahme des Besitzes darf die Bewilligung erst nach Konsultation der Europäischen Kommission erteilt werden. Die Landesregierung hat in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung noch vorliegen.

(5) Sofern es keine andere Möglichkeit gibt, kann die Landesregierung von den Schutzbestimmungen des Abs. 2 Ausnahmen bewilligen oder verordnen:

1. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit;
2. im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt;
3. zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigeieten und Gewässern;
4. zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt und der Pilze;
5. zu Forschungs- und Unterrichtszwecken, zur Aufstockung der Bestände, zur Wiederansiedlung und zur Aufzucht im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen;
6. unter streng überwachten Bedingungen, zum selektiven Fang, zur selektiven Haltung oder jeden anderen vernünftigen Nutzung bestimmter wild lebender Vögel in geringen Mengen.

(6) Ausnahmen, die gemäß Abs. 5 bewilligt oder verordnet werden, haben festzulegen:

1. die wild lebenden Vögel, für welche die Ausnahmen gelten,
2. die zulässigen Fang- oder Tötungsmittel, -einrichtungen und -methoden,
3. die Risiken vermeidenden, zeitlichen sowie örtlichen Umstände,

4. die vorzunehmenden Kontrollen und
5. die Art der Berichte über die entnommenen Exemplare.

(7) Sofern die Entnahme, der Fang oder das Töten von wild lebenden Vögeln zulässig ist, ist die Verwendung der in Anhang IV lit. a der VS-Richtlinie genannten Mittel, Einrichtungen und Methoden sowie jegliche Verfolgung aus den in Anhang IV lit. b genannten Beförderungsmittel heraus verboten.

(8) Ein Aussetzen von Vogel-Hybriden und gebietsfremden Vogelarten ist verboten.

(9) Spätestens drei Monate vor Beginn der Ausführung sind der Landesregierung von naturschutzrechtlich nicht bewilligungspflichtigen

1. Windkraftanlagen,
2. Skiliften oder Skipisten,
3. Bodenentnahmen (Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Schotter- und Torfgewinnungsanlagen, Abbau von Lagerstätten) oder Ausweitungen bestehender Gewinnungsstätten und
4. Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit einer Mindestgröße von 2.500 m²

Unterlagen zur Prüfung auf die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen vorzulegen.

§ 19

Schutz der Pflanzen und Pilze

(1) Die in Anhang IV lit. b der FFH-Richtlinie angeführten Pflanzenarten sind durch Verordnung der Landesregierung vollkommen zu schützen. Sonstige wild wachsende Pflanzen und Pilze, deren Bestand gefährdet oder aus Gründen der Erhaltung eines ausgeglichenen Naturhaushaltes zu sichern ist, können durch Verordnung der Landesregierung vollkommen, teil- oder zeitweise geschützt werden.

(2) Der vollkommene Schutz von wild wachsenden Pflanzen und Pilzen bezieht sich auf alle ober- und unterirdischen Teile. Für die vollkommen geschützten Pflanzenarten und Pilze gelten folgende Verbote:

1. das absichtliche Pflücken, Sammeln, Abschneiden, Ausgraben oder Vernichten in deren Verbreitungsräumen in der Natur und
2. der Besitz, Transport, Handel oder Tausch und das Angebot zum Verkauf oder Tausch von aus der Natur entnommenen Exemplaren oder deren Teilen.

(3) Der teilweise Schutz erstreckt sich bei wild wachsenden Pflanzen auf die am Boden aufliegenden Blattrosetten sowie auf die unterirdischen Teile und bei Pilzen auf die unterirdischen Teile. Für die teilweise geschützten Pflanzenarten und Pilze gelten folgende Verbote:

1. für die geschützten Teile die Verbote des Abs. 2 und
2. von den nicht geschützten Teilen der wild wachsenden Pflanzen die Entnahme von mehr als einem Handstrauß.

(4) Für Pflanzenarten, die in der Steiermark nicht vorkommen, die aber unter die Schutzbestimmungen der FFH-Richtlinie fallen, gilt Abs. 2 Z. 2.

(5) Die Landesregierung hat, sofern dies auf Grund der Überwachung des Erhaltungszustandes der Pflanzenarten des Anhangs V lit. b der FFH-Richtlinie erforderlich ist, geeignete Maßnahmen für die Entnahme und Nutzung dieser Arten durch Verordnung vorzuschreiben sowie die Auswirkungen der verordneten Maßnahmen zu beurteilen. Geeignete Maßnahmen sind insbesondere:

1. Vorschriften bezüglich des Zuganges zu bestimmten Bereichen,
2. das zeitlich oder örtlich begrenzte Verbot der Entnahme von Exemplaren aus der Natur und der Nutzung bestimmter Populationen,
3. die Regelung der Entnahmepreperioden oder Entnahmeformen,
4. die Einführung eines Systems von Bewilligungen für die Entnahme oder von Quoten,
5. die Regelung von Kauf, Verkauf, Feilhalten, Besitz oder Transport zwecks Verkauf der Exemplare und
6. die künstliche Vermehrung von Pflanzenarten unter streng kontrollierten Bedingungen, um die Entnahme von Exemplaren aus der Natur zu verringern.

(6) Sofern es keine andere Möglichkeit gibt und die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen, kann die Landesregierung von den Schutzbestimmungen des Abs. 2, 3 und 5 Ausnahmen bewilligen oder verordnen:

1. zum Schutz der übrigen wild wachsenden Pflanzen und Pilze, wild lebenden Tiere und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume;
2. zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen, Gewässern und Eigentum;
3. im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt;
4. zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedlung und der für diese Zwecke erforderlichen künstlichen Vermehrung;
5. unter strenger Kontrolle zur selektiven und beschränkten Entnahme oder Haltung einer begrenzten spezifizierten Anzahl von geschützten Exemplaren bestimmter wild wachsender Pflanzen;
6. zu Zwecken der Errichtung oder Aufstellung von Bauten und Anlagen, die keine natürlichen Lebensräume der in Anhang IV lit. b der FFH-Richtlinie angeführten Pflanzenarten betreffen.

(7) Die Bewilligung von Ausnahmen gemäß Abs. 6 ist erforderlichenfalls unter Vorschreibung von Auflagen oder Bedingungen zu erteilen.

(8) In einer Verordnung über Ausnahmen gemäß Abs. 6 sind festzulegen:

1. die wild wachsenden Pflanzen und Pilze, für welche die Ausnahmen gelten,
2. die Risiken vermeidenden, zeitlichen sowie örtlichen Umstände,
3. die vorzunehmenden Kontrollen und
4. die Art der Berichte für die entnommenen Exemplare.

(9) Ein Auspflanzen von invasiven gebietsfremden Pflanzenarten, die auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bei der für Naturschutz zuständigen Abteilung bekannt gemacht wurden, ist verboten.

(10) Die land- und forstwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Ausmaß wird mit Ausnahme der in Anhang IV lit. b. angeführten Pflanzenarten durch eine Verordnung gemäß Abs. 1 nicht beschränkt.

(11) Spätestens drei Monate vor Beginn der Ausführung sind der Landesregierung von naturschutzrechtlich nicht bewilligungspflichtigen

1. Windkraftanlagen,
2. Skiliften oder Skipisten,
3. Bodenentnahmen (Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Schotter- und Torfgewinnungsanlagen, Abbau von Lagerstätten) oder Ausweitungen bestehender Gewinnungsstätten und
4. Photovoltaik-Freiflächenanlagen mit einer Mindestgröße von 2.500 m²

Unterlagen zur Prüfung auf die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen vorzulegen.

§ 20

Schutz von Mineralien und Fossilien

(1) Wissenschaftlich bedeutsame Mineralien und Fossilien dürfen nicht mutwillig zerstört oder beschädigt werden.

(2) Die Verwendung von maschinellen Einrichtungen, Spreng- oder Treibmittel oder sonstiger chemischer Hilfsmittel für das Sammeln von Mineralien oder Fossilien ist verboten.

(3) Ausnahmen vom Verbot des Abs. 2 dürfen von der Landesregierung nur für Zwecke der Wissenschaft oder Lehre bewilligt werden.

6. Abschnitt

Verfahrensbestimmungen zu Unterschutzstellungen

§ 21

Unterschutzstellungsverfahren für Natur- und Landschaftsschutzgebiete

(1) Die Einleitung eines Verfahrens zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 7 Abs. 1 und 2 oder § 8 Abs. 1 ist durch Anschlag an den Amtstafeln der Bezirksverwaltungsbehörden und Gemeindeämter, die nach der Lage des zu schützenden Gebietes in Betracht kommen, bekannt zu machen. Die Einleitung eines Verfahrens zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 7 Abs. 3 Z. 1 oder § 8 Abs. 1 ist darüber hinaus im Internet auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bei der für Naturschutz zuständigen Abteilung bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, welche

Schutzmaßnahmen beabsichtigt sind und welche rechtlichen Wirkungen (§ 14) sich aus der Bekanntmachung ergeben.

(2) Von der Einleitung des Verfahrens sind insbesondere zu benachrichtigen:

- die betroffenen Gemeinden;
- die Umweltschwermetalle/der Umweltschwermetalle;
- die Wirtschaftskammer Steiermark;
- die Industriellenvereinigung Steiermark;
- die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark;
- die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark;
- die Steiermärkische Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft;
- die Steirische Landesjägerschaft;
- der Verband der Einforstungsgenossenschaften, sofern Einforstungsrechte berührt werden;
- der Landesfischereiverband Steiermark bei Unterschutzstellung von natürlich stehenden und fließenden Gewässern;
- der Verband alpiner Vereine;
- der Verein Birdlife bei Gebieten, die dem Vogelschutz dienen werden;
- der Naturschutzbund;
- der Verband der Land- & Forstbetriebe Steiermark.

(3) Von der Einleitung eines Verfahrens zur Erlassung einer Verordnung gemäß § 7 Abs. 1 und 2 sind die Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer schriftlich zu benachrichtigen. Die Grundeigentümerin/Der Grundeigentümer hat hievon alle Nutzungsberechtigten unverzüglich zu informieren. Die Unterlassung einer Benachrichtigung durch die Behörde hat auf die Rechtmäßigkeit der Verordnung keinen Einfluss. Sind insgesamt mehr als 100 Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer zu benachrichtigen, kann die Behörde die Benachrichtigung durch Edikt vornehmen. Das Edikt hat den Gegenstand, die beabsichtigten Schutzmaßnahmen, die rechtlichen Wirkungen und die Frist für die Erhebung von Einwänden zu enthalten. Das Edikt ist im redaktionellen Teil zweier im Land weit verbreiteter Tageszeitungen zu veröffentlichen.

(4) Innerhalb von acht Wochen ab dem Tag der Zustellung der schriftlichen Benachrichtigung bzw. der Kundmachung durch Edikt können die betroffenen Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer und die Nutzungsberechtigten Einwände vorbringen. Die Behörde hat die fristgerecht erhobenen Einwände zu prüfen und bei Erlassung der Verordnung die Betroffenen schriftlich zu benachrichtigen, ob ihre Einwände berücksichtigt oder weshalb sie nicht berücksichtigt wurden.

(5) Die Abs. 1 bis 4 sind in einem Verfahren zur Neuerlassung oder Änderung einer Verordnung bzw. zur Änderung von Ge- und Verbotbestimmungen nur auf die zusätzlichen und auf die von den Verboten betroffenen Flächen des Schutzgebietes anzuwenden.

§ 22

Unterschutzstellungsverfahren für Europaschutzgebiete

(1) Die Meldung eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung an die Europäische Kommission ist durch Anschlag an den Amtstafeln der Bezirksverwaltungsbehörden und Gemeindeämter, die nach der Lage des zu meldenden Gebietes in Betracht kommen, bekannt zu machen. Die Meldung ist darüber hinaus im Internet auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bei der für Naturschutz zuständigen Abteilung bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, welche Schutzmaßnahmen beabsichtigt sind und welche rechtlichen Wirkungen (§ 15) sich aus der Bekanntmachung ergeben.

(2) Für die Benachrichtigung der Interessenvertretungen und der Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer gilt § 21 Abs. 2 bis 4 sinngemäß.

(3) Das Außerkrafttreten des Schutzes wegen Nichtaufnahme des gemeldeten Gebietes in der in § 4 Z. 11 letzten Satz angeführten Liste mit Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung ist gemäß Abs. 1 erster Satz bekannt zu machen.

§ 23

Verfahren zur Erklärung von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsteilen

(1) Von der beabsichtigten Erklärung zum Naturdenkmal oder geschützten Landschaftsteil ist die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer unter Hinweis auf die rechtlichen Wirkungen (§ 16) nachweis-

lich schriftlich zu verständigen. Die Grundeigentümerin/Der Grundeigentümer hat hievon alle Nutzungsberechtigten unverzüglich zu informieren.

(2) Innerhalb von acht Wochen ab dem Tag der Zustellung der schriftlichen Verständigung, kann die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer Einwände vorbringen.

(3) Darüber hinaus ist die Gemeinde über die Einleitung des Verfahrens in Kenntnis zu setzen.

§ 24

Aufhebung von Erklärungen

Eine Erklärung gemäß § 11 Abs. 1 oder § 12 Abs. 1 ist aufzuheben, wenn

1. durch den Zustand des Naturdenkmales oder des geschützten Landschaftsteiles die Sicherheit von Personen gefährdet ist oder die Beschädigung von Sachen droht und eine Abhilfe nicht möglich ist;
2. die für die Erlassung maßgeblichen Voraussetzungen weggefallen sind;
3. mangels zumutbarer Alternativen ein anderes überwiegendes öffentliches Interesse höher zu bewerten ist als das öffentliche Interesse an der Bewahrung des Naturdenkmales oder des geschützten Landschaftsteiles.

§ 25

Ersichtlichmachung im Grundbuch

Unverzüglich nach dem Inkrafttreten von Verordnungen gemäß § 7 Abs. 2 Z. 2 und 3 hat die Landesregierung und nach der Rechtskraft von Erklärungen gemäß § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 1 die Bezirksverwaltungsbehörde dem Grundbuchsgericht eine Ausfertigung auf Ersichtlichmachung in der Einlage der betroffenen Grundstücke zu übermitteln; das Gleiche gilt nach Aufhebung der Verordnungen bzw. Erklärungen für die Löschung. Das Grundbuchsgericht hat die entsprechenden grundbücherlichen Eintragungen vorzunehmen.

7. Abschnitt

Verfahrensbestimmungen für Bewilligungen und Anordnungen

§ 26

Antrag

(1) Ein Antrag auf Bewilligung gemäß § 5 Abs. 1 und 2, § 8 Abs. 3, § 15 Abs. 3, § 28 Abs. 1 oder auf Ausnahmegewilligung gemäß § 14 Abs. 3 oder einer Naturschutzgebietsverordnung hat zu enthalten:

1. Angabe des geschützten Gebietes, in dem das Vorhaben oder die Maßnahme geplant ist;
2. Bezeichnung der Grundstücke, der Katastralgemeinde und der Gemeinde, in der das Vorhaben oder die Maßnahme geplant ist;
3. Art des Vorhabens oder der Maßnahme und der Flächenwidmung des Grundstückes, auf dem das Vorhaben oder die Maßnahme geplant ist.

(2) Dem Antrag gemäß Abs. 1 sind folgende Unterlagen, sofern dieser nicht elektronisch eingebracht wird, in zweifacher Ausfertigung anzuschließen:

1. technische Beschreibung des Vorhabens oder der Maßnahme;
2. Übersichtsplan mit der maßgeblichen Umgebung auf Luftbildbasis;
3. Lageplan in einem Maßstab, der eine eindeutige Beurteilung des Vorhabens oder der Maßnahme zulässt;
4. die für die Beurteilung erforderlichen planlichen Darstellungen;
5. Naturverträglichkeitserklärung bei Vorhaben im Zusammenhang mit Europaschutzgebieten.

(3) Zusätzlich ist ein ökologischer Begleitplan über naturschutzfachliche Belange beizubringen, wenn zur Milderung der zu erwartenden Beeinträchtigungen eine entsprechende Gestaltung der jeweiligen Landschaft erforderlich ist. Dieser hat die Maßnahmen, mit denen nachteilige Auswirkungen vermieden, eingeschränkt oder, soweit möglich, ausgeglichen werden können, zu enthalten.

(4) Die Behörde kann darüber hinaus die Vorlage von Unterlagen, im Naturverträglichkeitsprüfungsverfahren zusätzlich Unterlagen über zumutbare Alternativen zum Vorhaben verlangen, die zur Beurteilung der voraussichtlichen Auswirkungen eines Vorhabens oder einer Maßnahme auf die Natur

und Landschaft sowie zur Bewertung des überwiegenden öffentlichen Interesses an dem Vorhaben oder der Maßnahme erforderlich sind.

(5) Die Behörde kann von einzelnen Unterlagen absehen, wenn diese für die Beurteilung des Vorhabens oder der Maßnahme unerheblich sind.

§ 27

Bewilligungen, ökologischer Ausgleich

(1) Bewilligungen gemäß § 5 Abs. 1 und 2, § 8 Abs. 3 sind zu erteilen, wenn die Ausführung des Vorhabens oder der Maßnahme keine Beeinträchtigung im Sinn des § 3 Abs. 1 erwarten lässt.

(2) Eine Bewilligung gemäß § 5 Abs. 1 und 2, § 8 Abs. 3 oder eine Ausnahmegewilligung nach einer Naturschutzgebietsverordnung ist zu befristen, unter Auflagen oder Bedingungen zu erteilen, wenn dadurch nachhaltige Auswirkungen auf den Schutzzweck ausgeschlossen oder auf ein unerhebliches Ausmaß beschränkt werden können. Auflagen können zur Verringerung einer nachhaltigen Verunstaltung des Landschaftsbildes auch die Vorschreibung einer entsprechenden Landschaftsgestaltung umfassen.

(3) Eine Bewilligung gemäß § 5 Abs. 1 und 2, § 8 Abs. 3 ist weiters zu erteilen, wenn das überwiegende öffentliche Interesse an dem Vorhaben oder der Maßnahme höher zu bewerten ist als das öffentliche Interesse an der Bewahrung von Natur und Landschaft vor störenden Eingriffen. In diesem Fall ist durch Auflagen sicherzustellen, dass die nachhaltigen Wirkungen des Vorhabens oder der Maßnahme möglichst gering gehalten werden.

(4) Kann eine nachhaltige Verunstaltung oder die nachhaltigen Wirkungen des Vorhabens oder der Maßnahme durch die Vorschreibung von Auflagen oder Bedingungen gemäß Abs. 2 und 3 nicht gering gehalten werden, ist eine Bewilligung zu versagen. Anstelle der Untersagung des Vorhabens oder der Maßnahme kann die Behörde auf Antrag der Antragstellerin/des Antragstellers, unabhängig von einer Bewilligung gemäß § 28, Ausgleichsmaßnahmen vorschreiben, wenn damit eine wesentliche Verbesserung des Landschaftsbildes oder Naturhaushaltes erreicht wird und diese Verbesserung die nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens oder der Maßnahme erheblich überwiegt.

(5) Ist ein Ausgleich der nachhaltigen Wirkungen des Vorhabens oder der Maßnahme nicht möglich, ist der Antragstellerin/dem Antragsteller ein Beitrag vorzuschreiben, der den Kosten von Ausgleichsmaßnahmen gemäß Abs. 4 entspricht. Er bildet eine Einnahme des Landes und ist für die Erreichung der Ziele dieses Gesetzes zu verwenden.

(6) Zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Ausführung des Vorhabens oder der Maßnahme kann eine ökologische Bauaufsicht mit naturschutzfachlicher Kompetenz angeordnet werden.

(7) Auf Aufforderung der Behörde ist dieser die Ausführung sämtlicher Vorhaben oder Maßnahmen anzuzeigen. Geringfügige Abweichungen, die sich auf den Schutzzweck nicht nachteilig auswirken, können nachträglich bewilligt werden.

§ 28

Naturverträglichkeitsprüfung

(1) Vorhaben innerhalb und außerhalb von Europaschutzgebieten, die einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Vorhaben nach Ermittlung und Untersuchung der Auswirkungen auf die in der Verordnung angeführten Schutzgüter zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzzwecks oder Schutzzieles führen können, bedürfen einer Prüfung auf ihre Verträglichkeit mit dem Schutzzweck oder Schutzziel.

(2) Ergibt die Prüfung der Verträglichkeit, dass das Vorhaben, erforderlichenfalls unter Vorschreibung von Auflagen, zu keiner erheblichen Beeinträchtigung des Schutzzwecks führt, ist das Vorhaben zu bewilligen.

(3) Ergibt die Prüfung der Verträglichkeit, dass das Vorhaben zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzzwecks oder Schutzzieles führt, ist bei Vorhandensein einer im Sinn des Abs. 2 zumutbaren Alternative diese, erforderlichenfalls unter Vorschreibung von Auflagen, zu bewilligen.

(4) Gibt es keine zumutbare Alternative, darf eine Bewilligung nur erteilt werden, wenn das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art durchzuführen ist.

(5) Ist in dem vom Vorhaben betroffenen Europaschutzgebiet ein prioritärer natürlicher Lebensraumtyp oder eine prioritäre Art von den Vorhabenswirkungen betroffen, können als zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses lediglich berücksichtigt werden

1. die Gesundheit der Menschen;
2. die öffentliche Sicherheit einschließlich der Landesverteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung;
3. maßgeblich günstige Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt;
4. andere zwingende Gründe nach Einholung einer Stellungnahme der Europäischen Kommission.

(6) Wird ein Vorhaben gemäß Abs. 4 bewilligt, sind die zur Sicherung des Zusammenhanges des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000 notwendigen Ausgleichsmaßnahmen in Form von Auflagen oder Bedingungen vorzuschreiben oder andere geeignete Maßnahmen zu setzen. Der Europäischen Kommission sind diese Ausgleichsmaßnahmen bekannt zu geben.

(7) Die Durchführung der Prüfung auf Verträglichkeit ersetzt das Bewilligungsverfahren gemäß §§ 5, 8 und 14 oder einer Naturschutzgebietsverordnung, soweit der Schutzzweck des Europaschutzgebietes den jeweiligen Schutzzweck umfasst.

§ 29

Erlöschen von Bewilligungen

- (1) Eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes erteilte Bewilligung erlischt durch
 1. den der Behörde zur Kenntnis gebrachten Verzicht;
 2. Zeitablauf bei befristeten Bewilligungen;
 3. Unterlassung der Inangriffnahme des Vorhabens oder der Maßnahme binnen fünf Jahren ab Rechtskraft der Bewilligung;
 4. Unterlassung der Fertigstellung des Vorhabens oder der Maßnahme binnen zehn Jahren ab Rechtskraft der Bewilligung; in der Bewilligung kann jedoch eine längere Frist bestimmt werden.
- (2) Die in Abs. 1 Z. 2 bis 4 genannten Fristen sind auf Antrag um jeweils fünf Jahre zu verlängern, wenn
 1. dieser vor Fristablauf gestellt wird,
 2. die Inhaberin/der Inhaber glaubhaft macht, dass sie/er an der rechtzeitigen Vollendung des Vorhabens, der Maßnahme oder am Gebrauch der Bewilligung ohne ihr/sein Verschulden verhindert war,
 3. sich der für die Erteilung der Bewilligung maßgebliche Sachverhalt nicht geändert hat und
 4. die Bewilligung nach der in Betracht kommenden Rechtslage weiterhin zulässig ist.
- (3) Eine erloschene Bewilligung verpflichtet die Inhaberin/den Inhaber, bestehende Anlagen oder Anlagenteile zu entfernen sowie alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eingetretene Veränderungen soweit als möglich zu beseitigen. Kann die Inhaberin/der Inhaber nicht mehr herangezogen werden, trifft die Verpflichtung die Grundeigentümerin/den Grundeigentümer, wenn sie dem Vorhaben oder der Maßnahme zugestimmt haben. Kommen sie dieser Verpflichtung nicht nach, hat die Behörde gemäß § 30 vorzugehen.

§ 30

Wiederherstellung

- (1) Wurden Vorhaben oder Maßnahmen entgegen einer Bestimmung nach diesem Gesetz oder entgegen einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung oder Bewilligung ausgeführt, hat die Behörde unabhängig von einer Bestrafung die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes binnen angemessener Frist aufzutragen. Diese Anordnung ist gegenüber der Person, welche die Ausführung des Vorhabens oder der Maßnahme zu verantworten hat, zu erlassen. Kann diese Person nicht herangezogen werden, ist der Auftrag der Grundeigentümerin/dem Grundeigentümer zu erteilen, wenn sie dem Vorhaben oder der Maßnahme zugestimmt haben. Die Kosten für die Durchführung des Auftrages hat die Verpflichtete/der Verpflichtete zu tragen.
- (2) Ist die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes nicht möglich, sind Maßnahmen vorzuschreiben, die einem den Interessen des Naturschutzes möglichst weitgehend entsprechenden Zustand Rechnung tragen.
- (3) Trifft eine Verpflichtung gemäß Abs. 1 nicht die Grundeigentümerin/den Grundeigentümer, haben diese die zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen zu dulden.
- (4) Die Auferlegung einer Verpflichtung gemäß Abs. 1 und 2 ist nach Ablauf von fünf Jahren ab Beendigung der rechtswidrigen Handlung unzulässig.

8. Abschnitt Finanzielle Bestimmungen

§ 31

Landschaftspflegefonds

(1) Zur Bestreitung der Kosten von Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung der Landschaft wird als Sondervermögen des Landes ein Landschaftspflegefonds – im Folgenden kurz Fonds bezeichnet – errichtet.

(2) Dem Fonds sind zuzuleiten:

1. vom Landtag zu beschließende Mittel;
2. allfällige Zuschüsse anderer Gebietskörperschaften;
3. eine allfällige zweckgewidmete Abgabe;
4. Geldstrafen gemäß § 41;
5. Beiträge gemäß § 27 Abs. 4;
6. sonstige Zuwendungen.

(3) Die Mittel des Fonds sind von der Landesregierung zu verwalten. Der Fonds besitzt keine eigene Rechtspersönlichkeit. Zweckwidmungen sonstiger Zuwendungen gemäß Abs. 2 Z 6 sind nach Maßgabe des Abs. 4 zu berücksichtigen

(4) Mittel des Fonds sind zu verwenden für

1. Erhaltungsmaßnahmen gemäß § 13 Abs. 5;
2. Entschädigungen gemäß § 32;
3. den vertraglichen Naturschutz gemäß § 33;
4. den Ankauf von Grundstücken gemäß § 32 Abs. 2;
5. Maßnahmen zur Landschaftspflege;
6. Maßnahmen zur Durchführung von Artenschutzprogrammen;
7. Erhebungen von Grundlagen;
8. Beiträge zu den Erhaltungs- und Gestaltungsmaßnahmen der Naturparke gemäß § 10 Abs. 3;
9. die Öffentlichkeitsarbeit;
10. die Gebietsbetreuung;
11. Beiträge zur Verbesserung der ökologischen Infrastruktur (z. B. durch die Erhaltung extensiver Nutzungsformen, charakteristischer Landschaftselemente und ökologisch bedeutsamer Strukturen oder die Schaffung eines Biotopverbundes);
12. die Förderung naturnaher Erholungsformen;
13. die Förderung naturwissenschaftlicher Bildung und Umwelterziehung;
14. Beiträge zur Schaffung und Erhaltung von Einrichtungen für eine Begegnung des Menschen mit der Natur.

(5) Auf eine Förderung aus Mitteln des Fonds besteht kein Rechtsanspruch.

§ 32

Entschädigung

(1) Wer durch Erlassung einer Verordnung gemäß §§ 7, 8, 9, eines nutzungseinschränkenden Bescheides gemäß § 9 oder einer Erklärung gemäß § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 1, der Einleitung eines Verfahrens gemäß § 21, einer Bekanntmachung einer Meldung gemäß § 22 Abs. 1 oder einer Mitteilung gemäß § 23 Abs. 1

1. gehindert wird, Grundstücke oder Anlagen auf die Art oder in dem Umfang zu nutzen, wie vor der Einleitung des Verfahrens berechtigt und dadurch eine erhebliche Minderung des Ertrages oder eine nachhaltige Erschwernis der Wirtschaftsführung erleidet oder
 2. zu wirtschaftlich nicht zumutbaren Aufwendungen verpflichtet wird,
- hat gegenüber dem Land Anspruch auf eine angemessene Entschädigung.

(2) Wenn eine wirtschaftliche Nutzung im überwiegenden Ausmaß nicht mehr gewährleistet ist, hat auf Verlangen der Grundeigentümerin/des Grundeigentümers das Land anstelle einer Entschädigung Ersatzgrundstücke bereitzustellen oder Grundstücke abzulösen.

(3) Falls zwischen dem Land und der Entschädigungswerberin/dem Entschädigungswerber keine gütliche Einigung über Art und Ausmaß der Entschädigung zustande kommt, ist der Antrag auf Entschädigung bei sonstigem Anspruchsverlust innerhalb von drei Jahren ab

1. Inkrafttreten der Verordnung,
2. Eintritt der Rechtskraft der Erklärung,
3. Einleitung gemäß § 21, Bekanntmachung gemäß § 22 Abs. 1 oder Mitteilung gemäß § 23 Abs. 1,
4. Vertragsende gemäß § 33 oder
5. Eintritt der Rechtskraft eines nutzungseinschränkenden Bescheides gemäß § 9

bei der Landesregierung einzubringen. Die Landesregierung hat über das Bestehen des Anspruches und gegebenenfalls über die Höhe der Entschädigung nach Anhörung einer Sachverständigen/eines Sachverständigen mit Bescheid zu entscheiden.

(4) Bei Abgeltung dauernder vermögensrechtlicher Nachteile im Sinn des Abs. 1 ist in der Entscheidung gemäß Abs. 3 die Höhe der zu leistenden Entschädigung, wertgesichert auf einen für die jeweilige Ertragsminderung oder Wirtschafterschwernis geeigneten Index, festzusetzen.

(5) In Verfahren gemäß Abs. 3 sind

1. abweichend von den Bestimmungen der §§ 76 und 77 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung BGBl. I Nr. 161/2013, Barauslagen von Amts wegen zu tragen und von der Entschädigungswerberin/dem Entschädigungswerber keine Kommissionsgebühren zu entrichten.
2. die Abschnitte II., III. A. und C., IV. und VII. Eisenbahn-Enteignungsentschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 71/1954, in der Fassung BGBl. I Nr. 111/2010, sinngemäß anzuwenden.

§ 33

Vertraglicher Naturschutz

(1) Das Land kann zur Erreichung der angestrebten Schutzziele mit natürlichen oder juristischen Personen Vereinbarungen abschließen und Förderungen gewähren.

(2) Gegenstand solcher Vereinbarungen sind insbesondere Pflegemaßnahmen und Maßnahmen zur Verbesserung landschaftsökologischer Verhältnisse im Rahmen von Pflege- bzw. Gestaltungsprogrammen (z. B. die Erhaltung extensiver Nutzungsformen, charakteristischer Landschaftselemente und ökologisch bedeutsamer Strukturen oder die Schaffung eines Biotopverbundes).

(3) Vertragliche Vereinbarungen im Sinn des Abs. 1 sind vom Land mit den Nutzungsberechtigten zur Pflege und Erhaltung dieser Lebensräume oder zur Einschränkung bzw. Unterlassung der Bewirtschaftung und Nutzung von Grundflächen zu treffen.

(4) Vor Erlassung von Verordnungen nach diesem Gesetz hat die Landesregierung zu prüfen, ob der Zweck der angestrebten Maßnahme nicht ebenso durch Vereinbarungen im Sinn des Abs. 1 erreicht werden kann. Die Unterlassung dieser Prüfung ist ohne Einfluss auf die Rechtmäßigkeit der betreffenden Verordnung.

9. Abschnitt

Dokumentation und Pflege der Natur

§ 34

Naturschutzbuch

(1) Die Landesregierung hat ein Naturschutzbuch zu führen, in das Verordnungen gemäß §§ 7, 8, 9 und 10, sowie Erklärungen gemäß § 11 Abs. 1 und § 12 Abs. 1 einzutragen sind. Die Eintragungen und Löschungen sind den Gemeinden bekannt zu geben, in deren örtlichen Wirkungsbereich das geschützte Gebiet bzw. der geschützte Bereich liegt.

(2) Das Naturschutzbuch gliedert sich in die Abschnitte

- A. Naturschutzgebiete, unterteilt in Gebiete gemäß § 7 Abs. 2 Z. 1 bis 3;
- B. Landschaftsschutzgebiete;
- C. Europaschutzgebiete;
- D. Naturparke;
- E. Naturdenkmale;
- F. geschützte Landschaftsteile.

(3) Es steht jeder Person frei, in das Naturschutzbuch während der Amtsstunden beim Amt der Landesregierung, bei den Bezirksverwaltungsbehörden und in die Datenbestände oder verwahrten Unterlagen bei den Gemeinden Einsicht zu nehmen. Nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten können Kopien verlangt werden.

§ 35

Kennzeichnung in der Natur

(1) Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Europaschutzgebiete, Naturparke, Naturdenkmale und geschützte Landschaftsteile sind durch die Behörde zu kennzeichnen. Die Landesregierung hat dafür Tafeln bereitzustellen. Die Kennzeichnung darf die Nutzung der jeweiligen Grundstücke nicht behindern. Kennzeichnungstafeln dürfen weder beschädigt noch entfernt werden.

(2) Die Grundeigentümerinnen/Grundeigentümer oder die Nutzungsberechtigten sind vor der Anbringung der Tafel zu verständigen und haben sie zu dulden.

(3) Die Bezeichnung Naturschutzgebiet, Landschaftsschutzgebiet, Europaschutzgebiet, Naturpark, Naturdenkmal und geschützter Landschaftsteil darf nur für ein Gebiet oder Naturgebilde verwendet werden, das durch dieses Gesetz unter Schutz gestellt ist.

§ 36

Maßnahmen der Landschaftspflege

Zur Beseitigung oder Milderung von in einem Schutzgebiet vorhandenen Schäden, Verunstaltungen oder Beeinträchtigungen im Sinn des § 3 Abs. 1 kann die Landesregierung die Grundeigentümerin/den Grundeigentümer oder die Nutzungsberechtigte/den Nutzungsberechtigten, sofern keine Vereinbarung gemäß § 33 zustandekommt, mit Bescheid verpflichten, die Ausführung bestimmt zu bezeichnender Pflegemaßnahmen durch vom Land beauftragte Personen zu dulden.

10. Abschnitt

Organe und Zuständigkeiten

§ 37

Behörden

(1) Behörde ist, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt:

1. die Bezirksverwaltungsbehörde
 - a) für Verfahren bei Ankündigungen, Naturdenkmalen und geschützten Landschaftsteilen;
 - b) für alle nicht unter Z. 2 oder Abs. 2 fallende Verfahren;
2. die Landesregierung für Verfahren, die nach anderen Rechtsvorschriften eines weiteren Verfahrens durch die Landeshauptfrau/den Landeshauptmann oder die Landesregierung bedürfen.

(2) Erstrecken sich Vorhaben oder Maßnahmen auf den Sprengel mehrerer Behörden, ist die Landesregierung zuständig.

§ 38

Naturschutzbeauftragte

Die Landesregierung hat für das Land eine Landesnaturschutzbeauftragte/einen Landesnaturschutzbeauftragten und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter sowie für jeden politischen Bezirk bzw. die Politische Expositur mindestens eine Bezirksnaturschutzbeauftragte/einen Bezirksnaturschutzbeauftragten und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter zu bestellen. Sie müssen Landesbedienstete oder Bedienstete der Landeshauptstadt Graz sowie naturkundlich qualifizierte Fachleute sein. Sie haben die Behörden in allen nach diesem Gesetz zu erfüllenden Aufgaben zu beraten und Missstände aufzuzeigen. Darüber hinaus haben sie Vorschläge zur Erhaltung und Entwicklung der Natur zu unterbreiten und können als Sachverständige herangezogen werden.

§ 39

Mitwirkung von Organen der Bundespolizei

Die Organe der Bundespolizei haben den nach diesem Gesetz zuständigen Behörden und Organen an der Sicherung der Ausübung der Überwachungsbefugnisse im Rahmen ihres gesetzmäßigen Tätigkeitsbereiches mitzuwirken.

§ 40

Betretungsrecht und Auskunftspflicht

(1) Den mit den Aufgaben des Naturschutzes betrauten behördlichen Organen ist zum Zweck amtlicher Erhebungen, zur Kontrolle von Nebenbestimmungen sowie zur Erfüllung der ihnen nach diesem Gesetz und der auf dessen Grundlage erlassenen Verordnungen zukommenden Aufgaben ungehinderter Zutritt zu den in Betracht kommenden Grundstücken zu gewähren und auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

(2) Die in Abs. 1 angeführten Organe haben sich tunlichst vor ihren Amtshandlungen bei der Grundeigentümerin/dem Grundeigentümer oder der Verfügungsberechtigten/dem Verfügungsberechtigten anzumelden und auf Verlangen auszuweisen.

(3) Die Abs. 1 und 2 gelten für Personen, die von der Behörde zur Erhebung naturkundlicher Grundlagen, zur Durchführung unbedingt notwendiger Erhaltungs-, Pflege- oder Gestaltungsmaßnahmen beauftragt sind, sinngemäß.

11. Abschnitt

Straf- und Schlussbestimmungen

§ 41

Strafbestimmungen

(1) Eine Verwaltungsübertretung begeht, wer

1. den Bestimmungen des § 5 Abs. 1 und 2, § 6 Abs. 1 und 4, § 8 Abs. 3, § 13 Abs. 1 bis 4, § 14 Abs. 1, § 15 Abs. 1, § 16 Abs. 1 und 2 zweiter Satz, § 17 Abs. 2, 3, 8, 9 erster Satz und Abs. 10, § 18 Abs. 2, 7, 8 erster Satz und Abs. 9, § 19 Abs. 2 bis 4, 9 erster Satz und Abs. 11, § 20 Abs. 1 und 2, § 28 Abs. 1, § 29 Abs. 3 erster und zweiter Satz, § 35 Abs. 1 letzter Satz und Abs. 3, § 40 Abs. 1 oder
2. den in den Verordnungen oder Bescheiden auf Grund dieses Gesetzes enthaltenen Geboten oder Verboten

zuwider handelt und ist mit einer Geldstrafe bis zu 30.000 Euro zu bestrafen, sofern die Tat nicht nach anderen Bestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist.

(2) Ist Gegenstand einer Verwaltungsübertretung die unzulässige Errichtung oder Aufstellung einer Anlage oder die unzulässige Durchführung einer sonstigen Maßnahme, endet das strafbare Verhalten erst mit der Beseitigung der Anlage, mit der Behebung der Maßnahme oder mit der Rechtskraft der nachträglich erteilten Bewilligung.

(3) Neben der Strafe gemäß Abs. 1 kann unter sinngemäßer Anwendung des § 250 Abs. 1 Z 2 der Exekutionsordnung, RGBI. Nr. 79/1896, in der Fassung BGBl. I Nr. 100/2016, auch der Verfall der zur Begehung der Übertretung verwendeten Waren, Werkzeuge, Maschinen, Geräte, Transportmittel sowie Waffen oder der entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes angeeigneten Sachen erklärt werden.

(4) Für verfallen erklärte

1. lebende Tiere sind sogleich freizulassen; ist dies nicht zweckmäßig oder möglich, sind sie an Tiergärten oder Tierauffangstationen zu übergeben;
2. Pflanzen sind gemeinnützigen Zwecken, wissenschaftlichen Instituten, botanischen Gärten, Spitätern oder Heimen zuzuführen;
3. Gesteine, Fossilien und Minerale sind dem Landesmuseum Joanneum zu überlassen.

(5) Die Geldstrafen fließen dem Landschaftspflegefonds zu.

§ 42

EU-Recht

Mit den §§ 4, 9, 15, 17 bis 19, 22 und 28 werden folgende Richtlinien der Europäischen Union umgesetzt:

1. Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie – FFH-Richtlinie), ABl. L 206 vom 22.7.1992, S. 7, zuletzt berichtigt durch die Richtlinie 2006/105/EG, ABl. L 95 vom 29.3.2014, S. 70;

2. Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten (Vogelschutz-Richtlinie – VS-Richtlinie), ABl. L 20 vom 26.1.2010, S. 7, geändert durch die Richtlinie 2013/17/EU des Rates, ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 193.

§ 43

Übergangsbestimmungen

(1) Naturdenkmale gemäß § 10 Abs. 1 und geschützte Landschaftsteile gemäß § 11 Abs. 1 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 gelten als Naturdenkmale und geschützte Landschaftsteile im Sinn dieses Gesetzes.

(2) Bewilligungen und behördliche Aufträge gemäß den Bestimmungen des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 gelten als solche im Sinn dieses Gesetzes.

(3) Die in der Anlage genannten Verordnungen der Landesregierung, der Landräte und der Bezirksverwaltungsbehörden gemäß § 36 Abs. 3 Z 1 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 bleiben in Kraft und gelten als auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassen.

(4) Auf Veränderungen im Sinn des § 34 Abs. 1 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 finden die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

(5) Anhängige Verfahren sind von den bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes zuständigen Behörden weiterzuführen.

(6) Dieses Gesetz findet auf Vorhaben und Maßnahmen, die nach dem Steiermärkischen Naturschutzgesetz 1976 keiner Bewilligung bedurften, keine Anwendung, wenn mit ihnen im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits rechtmäßig begonnen wurde.

§ 44

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der [...], in Kraft.

§ 45

Außerkräftreten

Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Steiermärkische Naturschutzgesetz 1976 – NschG 1976, LGBl. Nr. 65/1976, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 55/2014, außer Kraft.

Anlage

1. Folgende Verordnungen der Landesregierung:

- a) Landschaftsschutzverordnung 1956 § 1, § 2 Abs. 3 und 4, § 3, § 5, § 7 sowie Anhang 2 Liste Nr. 15, 29 bis 31, 33 bis 35 und 45, LGBl. Nr. 35/1956, in der Fassung LGBl. Nr. 185/1969;
- b) Verordnung über die Erklärung des Gesäuses und des anschließenden Ennstales bis zur Landesgrenze sowie des Wildalpener Salztales zu Naturschutzgebieten, LGBl. Nr. 56/1958, in der Fassung LGBl. Nr. 56/1959;
- c) Verordnung über die Erklärung des Gebietes Pfaffenkogel-Gsollerkogel zum Naturschutzgebiet, LGBl. Nr. 28/1964;
- d) Verordnung über die Erklärung der Raabklamm zum Naturschutzgebiet, LGBl. Nr. 148/1970, in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 50/1973;
- e) Verordnung über die Erklärung des Gebietes Naßköhr zum Naturschutzgebiet, LGBl. Nr. 144/1971;
- f) Verordnung über die Erklärung des nordwestlichen Teiles der Gemeinde Ramsau am Dachstein zum Naturschutzgebiet (Bestandschutzgebiet für Pflanzen), LGBl. Nr. 140/1972;
- g) Verordnung über die Erklärung des Gebietes Pleschkogel-Walzkogel-Mühlbachgraben zum Naturschutzgebiet (Bestandschutzgebiet für Pflanzen), LGBl. Nr. 147/1972;
- h) Verordnung über die Erklärung des Gebietes Eisenerzer Reichenstein-Krumpensee zum Naturschutzgebiet, LGBl. Nr. 29/1973;
- i) Verordnung über die Erklärung des Gebietes um den Sölkerpaß zum Naturschutzgebiet (Bestandschutzgebiet für Pflanzen), LGBl. Nr. 73/1973;
- j) Verordnung über die Erklärung des Attems-Moores bei Straß in Steiermark zum Naturschutzgebiet (Bestandschutzgebiet für Pflanzen und Tiere), LGBl. Nr. 74/1973;

- k) Verordnung über die Erklärung des Pichler-Mooses in der Gaal zum Naturschutzgebiet (Bestandsschutzgebiet für Pflanzen und Tiere), LGBl. Nr. 18/1974;
 - l) Verordnung über die Erklärung des Harter Teiches zum Naturschutzgebiet (Vogelschutzgebiet), LGBl. Nr. 39/1975;
 - m) Verordnung über die Erklärung der Baumgruppe im Bereich des Grazer Ostbahnhofes zum geschützten Landschaftsteil, LGBl. Nr. 44/1975;
2. folgende Verordnungen der Landräte und Bezirksverwaltungsbehörden:
- a) politischer Bezirk Bruck-Mürzzuschlag
BH Bruck an der Mur, Grazer Zeitung 1971 S. 95;
 - b) politischer Bezirk Leibnitz
 - ba) Landrat Leibnitz, VuABl. 1940 S. 436 Liste Nr. 5 und 6;
 - bb) BH Leibnitz, VuABl. 1953 S. 67 Liste Nr. 13, 15 und 17 sowie 19 in der Fassung Grazer Zeitung 1969 S. 251; Grazer Zeitung 1967 S. 225;
 - c) politischer Bezirk Liezen
Sprengel Gröbming
Landrat Liezen, Außendienststelle Gröbming, VuABl. 1941 S. 105 Liste Nr. 2;
Sprengel Liezen
 - ca) Politische Expositur Bad Aussee, Grazer Zeitung 1968 S. 201; 1969 S. 413 und 507;
 - cb) BH Liezen, Grazer Zeitung 1975 S. 64;
 - d) politischer Bezirk Murau
BH Murau, Grazer Zeitung 1961 S. 470; 1968 S. 21;
 - e) politischer Bezirk Murtal
BH Judenburg, Grazer Zeitung 1970 S. 300;
 - f) politischer Bezirk Voitsberg
BH Voitsberg, Grazer Zeitung 1968 S. 313.

Artikel 2

Änderung des Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetzes 1968

Das Landes- und Gemeinde-Verwaltungsabgabengesetz 1968, LGBl. Nr. 145/1969, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 11/2015, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 5 lautet:

„(5) Ebenso sind im Rahmen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung und Bewirtschaftung von Grundstücken in Schutzgebieten für naturschutzrechtliche Bewilligungen keine Verwaltungsabgaben zu entrichten.“

2. Dem § 12 Abs. 10 wird folgender Abs. 11 angefügt:

„(11) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. [...] tritt § 1 Abs. 5 mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der [...], in Kraft.“

Artikel 3

Änderung des Nationalparkgesetzes Gesäuse

Das Nationalparkgesetz Gesäuse, LGBl. Nr. 61/2002, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 87/2013, wird wie folgt geändert:

1. § 15 Abs. 1 Z 1 lautet:

„1. das Steiermärkische Naturschutzgesetz, in der jeweils geltenden Fassung, mit Ausnahme der im Zusammenhang stehenden Bestimmungen zu Naturdenkmälern, Europaschutzgebieten und den Artenschutz,“

2. Der bisherige Text des § 17 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. [...] tritt § 15 Abs. 1 Z 1 mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der [...], in Kraft.“

Artikel 4

Änderung des Steiermärkischen Gentechnik-Vorsorgegesetzes

Das Steiermärkische Gentechnik-Vorsorgegesetz, LGBl. Nr. 97/2006, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 87/2013, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Z 6 entfällt die Jahreszahl „1976“.

2. Der bisherige Text des § 19 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. [...] tritt § 2 Z 6 mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der [...], in Kraft.“

Artikel 5

Änderung des Steiermärkischen Güter- und Seilwege-Landesgesetzes

Das Steiermärkische Güter- und Seilwege-Landesgesetz, LGBl. Nr. 21/1970, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 139/2013, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 entfällt der Satzteil „1976 – NschG 1976, LGBl. Nr. 65/1976“.

2. Dem § 28 Abs. 4 wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. [...] tritt § 2 Abs. 2 mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der [...], in Kraft.“

Artikel 6

Änderung des Steiermärkischen Umwelthaftungsgesetzes

Das Steiermärkische Umwelthaftungsgesetz, LGBl. Nr. 10/2010, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 87/2013, wird wie folgt geändert:

1. § 4 Z 1 lit. a erster Satz lautet:

„jede Schädigung geschützter Arten und natürlicher Lebensräume, das ist jeder Schaden, der erhebliche nachteilige Auswirkungen in Bezug auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustands dieser Arten oder Lebensräume hat, mit Ausnahme der nachteiligen Auswirkungen, die in Anwendung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen zur Naturverträglichkeitsprüfung oder zum Artenschutz bewilligt wurden.“

2. Der bisherige Text des § 19 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“. Dem Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. [...] tritt § 4 Z 1 lit. a mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der [...], in Kraft.“

Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Zum Art. 1:

Zu § 1 („Geltungsbereich“):

Am Beginn eines Gesetzes ist jeweils der zulässige Rahmen des staatlichen Verwaltungshandelns abzugrenzen.

Abs. 1:

Der Schutz und die Pflege der Natur umfassen alle Maßnahmen, die der Natur, der Landschaft und der Kulturlandschaft als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere, Pflanzen und Pilze förderlich sind und diese vor schädigenden Einwirkungen, Zerstörungen oder Ausrottung schützen sollen.

Das Gesetz berücksichtigt daher nicht nur den Schutz der Natur und der Landschaft, sondern im Besonderen auch die vom Menschen gestaltete und kultivierte Landschaft. Einerseits bewirkte die Bewirtschaftung der Landschaft eine Zunahme des Artenreichtums, der heute teilweise durch Intensivierungen oder Flächenaufgaben gefährdet ist. Andererseits bewirkte die wirtschaftliche und technische Entwicklung, die Bevölkerungszunahme und die Steigerung des Lebensstandards eine derart massive Umgestaltung der ursprünglichen Naturlandschaft, dass die Erhaltung unserer natürlichen Ressourcen nicht mehr überall gewährleistet ist.

Von der unbelebten Natur werden die Mineralien und Fossilien dem Schutz dieses Gesetzes unterstellt, weil sie insbesondere wegen ihres wissenschaftlichen und kommerziellen Wertes in besonderer Weise als Sammelobjekt begehrt sind und durch Ausbeutung ein Verlust des Naturerbes eintritt. Gerade für die Mineralien und Fossilien, die auf einen jahrtausende-, mitunter jahrmillionenlangen Entstehungsvorgang zurückgehen, ist ein nachhaltiger Schutz nur auf die Weise erzielbar, indem deren Entnahme eingeschränkt wird.

Abs. 2:

Taxativ werden die Ausnahmen vom Geltungsbereich angeführt. Im Einzelnen liegt bis auf Z. 4 den Ausnahmeregelungen eine Güterabwägung insofern zugrunde, als Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für das menschliche Leben oder die menschliche Gesundheit sowie Maßnahmen des Bundesheeres und der öffentlichen Sicherheit oder Aufsicht nicht diesem Gesetz unterliegen.

Hinsichtlich der Aufräumarbeiten im direkten Zusammenhang mit Katastrophen ist ein enger räumlicher und zeitlicher Maßstab anzuwenden.

Abs. 3:

Bezüglich des Anwendungsbereiches der Regelungen ist festzuhalten, dass der Landesgesetzgeber Regelungen bloß im Rahmen seiner Kompetenzgrenzen erlassen kann und ein Eingriff in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes unzulässig ist. Dies heißt jedoch nicht, dass landesgesetzliche Regelungen des Naturschutzes nicht auch Sachverhalte betreffen können, die auch vom Bundesgesetzgeber im Rahmen seiner Zuständigkeit bereits einer Regelung unterzogen wurden. Diese nach der Rechtsprechung des VfGH (VfSlg. 7169/1973) als sogenannte „Gesichtspunkttheorie“ bezeichnete Auslegungsregel, ist zur Abgrenzung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern heranzuziehen und berechtigt die Länder, Sachverhalte, die bereits vom Bund einer Regelung unterzogen sind, weiters unter dem Gesichtspunkt einer Landeszuständigkeit, wie eben des Naturschutzes, zu regeln.

Die „Gesichtspunkttheorie“ wird durch das sogenannte „Rücksichtnahmegebot“ relativiert, demgemäß es dem Landesgesetzgeber verwehrt ist, Regelungen zu treffen, die den vom Bund wahrgenommenen Interessen zuwider laufen. Der Grundsatz der verfassungskonformen Interpretation stellt sicher, dass, wenn eine Bestimmung auslegungsbedürftig ist, jener Auslegung der Vorzug gegeben werden muss, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundes eingreift.

Zu § 2 („Allgemeine Ziele“):

Die Maßnahmen und Bestimmungen dieses Gesetzes sollen in zwei Richtungen wirken. Naturschutz soll wertvolles Bestehendes bewahren und – dort, wo es erforderlich ist – günstige ökologische Zustände wiederherstellen. Beim bewahrenden Naturschutz steht die Abwehr von schädlichen Einflüssen auf die Natur im Vordergrund und wird im Regelfall durch hoheitliche Verfügungen erreicht. Beim gestaltenden Naturschutz hingegen soll durch geeignetes Naturmanagement ein günstiger Erhaltungszustand der

Lebensräume und der Arten bewerkstelligt werden. Dieser Auftrag richtet sich an die Behörde und ist durch vertragliche Vereinbarungen bzw. Förderungen umzusetzen.

Durch das Zusammenspiel zwischen gestaltendem und bewahrendem Naturschutz soll neben der Sicherung des gegenwärtigen Zustandes der Natur auch die Gewährleistung der natürlichen, dynamischen Veränderung der Natur (Sukzessionsabläufe) bezweckt werden.

Abs. 1:

Zur „Natur“ gehört die Gesamtheit aller Erscheinungen, Kräfte und Stoffe der belebten und unbelebten Welt.

Naturschutz, Erholungswirkung und nachhaltige Nutzungen, insbesondere auch im land- und forstwirtschaftlichen Bereich, werden nicht als Widerspruch gesehen.

Die Definition des Naturschutzes bzw. die Deklaration seiner Ziele hat weitgehend programmatischen Charakter. Rechtlich betrachtet, ist Naturschutz die Summe aller im Naturschutzgesetz enthaltenen Maßnahmen. Im Zweifelsfall kann die Bestimmung mit Abs. 2 zur Auslegung des Gesetzes herangezogen werden.

Abs. 3:

Mit diesem Ansatz soll die Verpflichtung von Land und Gemeinden eine Vorbildrolle zu übernehmen unterstrichen werden. Gebietskörperschaften (Land und Gemeinden) sollen in Eigeninitiative Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege der Natur setzen, das Verständnis bzw. das Bewusstsein der Bevölkerung – insbesondere der Jugend – für den Naturschutz, die Pflege und Erhaltung der Natur fördern oder vertiefen und wissenschaftliche Belange unterstützen. Eine rechtliche Verpflichtung zum Einsatz bestimmter Finanzmittel lässt sich daraus allerdings nicht ableiten.

Zu § 3 („Allgemeiner Schutzzweck“):

Die Vorschrift entfaltet nur dann ihre Wirksamkeit, wenn bei den einzelnen Verwaltungs- oder Bescheidverfahren auf diese Norm Bezug genommen wird.

Abs. 1:

Bereits das Vorliegen eines der in den Z. 1 bis 3 aufgezählten Umstände steht einem Vorhaben entgegen. Eingriffe im Sinn dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder der Landschaftsstruktur, die auf zumindest eines der im Absatz aufgezählten Schutzgüter nicht nur unbedeutende Auswirkungen haben. Die Beeinträchtigung der genannten Güter muss mit einer gewissen Ernst zu nehmenden Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden. Maßstäbe für die Schwere einer Beeinträchtigung können unter anderem die Dauer der Beeinträchtigung oder die Größe der beanspruchten Fläche sein.

Z. 1:

Der Naturhaushalt ist das Wirkungsgefüge aus den Wechselbeziehungen der Lebewesen untereinander und zu ihrer Umwelt. Ein ungestörtes Wirkungsgefüge im Naturhaushalt liegt vor, wenn die Wechselbeziehungen zwischen den biotischen und abiotischen Umweltfaktoren das ausgewogene Vorkommen und die gedeihliche Entwicklung aller heimischen, standortgerechten Lebewesen ermöglichen.

Z. 2:

Als Landschaftscharakter wird die beherrschende Eigenart einer Landschaft bezeichnet, die das eigentümliche Gepräge einer Landschaft durch eine bestimmte, gerade für ein spezielles Gebiet typische Zusammensetzung von Landschaftsteilen ausmacht.

Z. 3:

Unter dem Landschaftsbild wird das Bild einer Landschaft von jedem Blickpunkt zu Land, zu Wasser und in der Luft (VfSlg. 7443/1974) verstanden. Hiezu zählen der optische Eindruck der Landschaft einschließlich ihrer Silhouetten, Bauten und Ortschaften.

Maßgeblich für die Bewertung eines Landschaftsbildes ist das vorhandene Erscheinungsbild der Landschaft. Alle menschlichen Eingriffe, ausgenommen jenes Vorhaben, das den Gegenstand des Verfahrens bildet, müssen berücksichtigt werden. Unberücksichtigt können hingegen jene Eingriffe bleiben, die (naturschutzbehördlich) entfernt werden können.

Verunstaltung ist eine das Schönheitsgefühl störende Entstellung (VwGH 26.11.1984, 84/10/0187). Dies wird dann der Fall sein, wenn sich das Vorhaben in Größe, Farbe, Form, der verwendeten Bau- und Anlagenelemente oder seiner Lage unharmonisch von seiner Umgebung abhebt oder in der Landschaft als Fremdkörper wirkt.

Abs. 2:

Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, dass Maßnahmen verwirklicht werden, die die Wechselbeziehung der Lebewesen im unmittelbar betroffenen Lebensraum untereinander und zu ihrer Umwelt negativ beeinträchtigen. Das heißt, Abs. 1 Z. 1 in Verbindung mit Abs. 2 soll verhindern, dass Lebewesen in ihrem Lebensraum ihre Existenzmöglichkeit verlieren.

Abs. 3:

Beispielhaft nennt der Absatz typische Fälle einer Beeinträchtigung des Landschaftscharakters. Ein Landschaftsraum verarmt dadurch, in dem man wesentliche Elemente, die der Landschaft ihr typisches Aussehen geben, etwa Flurgehölze Feuchtwiesen, beseitigt oder zerstört.

Z. 4:

Uferbegleitgehölze prägen oftmals besonders den Charakter von Talräumen. Ein wesentliches Aufsplintern der Ufervegetation im Sinn einer Entfernung der Bäume und Sträucher über längere Strecken des Ufers soll vermieden werden.

Zu § 4 („Begriffsbestimmungen“):

Sämtliche Beschreibungen erläutern die im Gesetz verwendeten Begriffe. Die Z. 3, 8, 9, 11, 18, 19 folgen im Wesentlichen wörtlich den Begriffsbestimmungen des Art. 1 der FFH-Richtlinie, die Z. 20, 25 den Bestimmungen der FFH-Richtlinie sowie der VS-Richtlinie.

Z. 8 und 9:

Hinsichtlich des Erhaltungszustandes wird auf die regelmäßig zu erstellenden und auf der Homepage des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung bzw. auf der Homepage der Europäischen Kommission veröffentlichten Ergebnisberichte gemäß Art. 17 der FFH-Richtlinie verwiesen.

Z. 20 lit. b:

Die relevanten Zugvögel sind in den jeweiligen Verordnungen zu den Europaschutzgebieten angeführt.

Zu § 5 („Schutz von natürlich stehenden und fließenden Gewässern und ihrer Uferbereiche“):

Jedes Gewässer ist ein wertvolles Landschaftselement. Jeder Eingriff in das Ökosystem ist auf die Auswirkungen hinsichtlich Naturraum und Landschaft zu überprüfen. Nach Art. 10 der FFH-Richtlinie sollen die Fließgewässer Verbundkorridore für die Tierwelt sein.

Abs. 1:

Auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte sind die durch Gletscherschliff oder Ablagerung von Moränenmaterial entstandenen Gewässer nach menschlichen Zeitmaßstäben nicht eigens herstellbar. Demzufolge sollen bestimmte Vorhaben bei diesen Gewässern bewilligungspflichtig sein.

Abs. 2:

Zwecks Vermeidung und Milderung nachhaltiger Auswirkungen auf Natur und Landschaft sind Bewilligungstatbestände für Fließgewässer anzuordnen.

Z. 1:

Die gesamte Wasserkraftanlage ist zu beurteilen; von der Stauwurzel bis zur Rückführung des ausgeleiteten Wassers bzw. Ende der Unterwassereintiefung, gleichgültig in welchem Abstand vom Gewässer die einzelnen Anlagenteile errichtet werden.

Der Betrieb der Anlage ist insofern relevant, weil der Schwellbetrieb sowie die Abgabe von Pflichtwasser in die Restwasserstrecke die Wasserführung verändert. Art. 7 Abs. 1 des Protokolls „Energie“ zur Alpenkonvention enthält für die Nutzung der Wasserkraft gleiche Vorgaben.

Z. 2:

Auf die Größe des Vorhabens kommt es nicht an. Als Eingriffe werden Projekte im Zusammenhang mit Wasserentnahmen betrachtet sowie Einbauten, Anlagen zur Stauhaltung, Sohlestabilisierung und Ufersicherung.

Z. 3:

Eine Verrohrung greift schwerwiegend in das Fließgewässersystem ein. Derartige Maßnahmen beseitigen den natürlichen Lebensraum und unterbrechen das Fließgewässerökosystem. Eine Verrohrung ist jede Überdeckung eines Fließgewässers.

Von einer Bewilligung bis zur Breite eines Brückenbauwerkes wird abgesehen, um insbesondere der Land- und Forstwirtschaft keine höheren Kosten zu verursachen.

Z. 4:

Solche Eingriffe können nachhaltige Störungen des Gewässerökosystems bewirken. Im Hinblick auf den Einleitungssatz gilt dies genauso für Altgewässer.

Bei Grabungen mit anschließender Verfüllung der Baugrube auf das ursprüngliche Niveau (z.B. durch Verlegung unterirdischer Leitungsanlagen) handelt es sich um keine Zu- oder Aufschüttungen.

Z. 5:

Der Uferbewuchs ist ein wichtiger Lebensraum. Eine radikale Entfernung hat schwerwiegende ökologische Nachteile und beeinträchtigt das Landschaftsbild.

Abs. 3:

Über vorgegebene standardisierte Kriterien und nicht über Einzelfallbeurteilungen soll die Einstufung der Wertigkeit von Fließgewässerabschnitten festgelegt werden. Der bislang im Erlasswege für Naturschutzbehörden geltende Fließgewässerkriterienkatalog soll durch Verordnung der Landesregierung allgemein rechtsverbindlich werden.

Abs. 4:

Hochwertige Fließgewässerabschnitte sind Teil des steirischen Naturerbes. Solche Gewässerabschnitte sollen vor Eingriffen durch Wasserkraftanlagen bewahrt werden.

Wird um Bewilligung eines Ausleitungskraftwerks im Bereich eines hochwertigen Fließgewässerabschnittes angesucht, ist dieses ohne Zurückziehung des Ansuchens mit Bescheid abzuweisen. § 27 Abs. 3 ist nicht anwendbar.

Zu § 6 („Ankündigungen“):

Dies sind alle Maßnahmen, die optisch oder akustisch deutlich wahrnehmbar sind und wegen ihres Inhalts, ihrer Art, ihrer Größe oder besonderen Ausgestaltung oder wegen des Ortes ihrer Vornahme geeignet sind, die Aufmerksamkeit von Menschen nicht bloß aus unmittelbarer Nähe auf sich zu lenken. Wegmarkierungen fallen nicht unter den Begriff „Ankündigungen“. Die Bestimmungen entsprechen durchwegs der bisherigen Rechtslage.

Abs. 1:

Einer Bewilligung bedürfen nur mehr jene Ankündigungen, die keiner straßenpolizeilichen Bewilligung – derzeit § 84 StVO 1960 – bedürfen. Eine zweifache Bewilligungspflicht wird dadurch vermieden.

Abs. 2:

Die Einfügungen der lit. c und d in Z. 1 beruhen auf aktuellen Erfahrungen. Hinweise auf landwirtschaftliche Feldversuche oder auf die eigene Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte und Informationen über den Naturschutz werden vermehrt vorgenommen. Wahlwerbungen, Volkskundgebungen sind nunmehr auch in Schutzgebieten bewilligungsfrei.

Abs. 4:

Das Ankündigungsverbot wird leicht ausgeweitet. Im geschützten Bereich von Naturdenkmälern oder geschützten Landschaftsteilen werden bis auf Informationen gemäß Abs. 2 Z. 1 lit. a keine Ankündigungen gebilligt.

Bei Anbringung von Informationen sollten holzschonende Befestigungsmittel (z.B. Aluminiumnägel) verwendet werden, um Schäden am Gehölz und beim Bearbeiten des Holzes im Sägewerk zu vermeiden.

Abs. 7:

Verwahrloste Ankündigungen sind verkommen, sich in einem schlechten und ungepflegten Zustand befindliche Ankündigungen.

Störende Ankündigungen rasch zu entfernen erweist sich vielfach als aussichtslos. Durch Rechtsmittel wird ein Aufschub der Vollstreckung von Entfernungsaufträgen erzielt. Ankündigungen entfalten ihre Wirkung voll oder zumindest für längere Zeit. Mit der Umformulierung des Absatzes wird ein sofortiges Entfernen störender Ankündigungen möglich. Vom Landesverwaltungsgericht kann die Rechtmäßigkeit der Entfernungsaufträge überprüft werden.

Zu § 7 („Naturschutzgebiete“):

Gebiete von bedeutsamer landschaftlicher Schönheit oder bedeutsamen naturschutzfachlichen Wert werden als Naturschutzgebiete ausgewiesen.

Abs. 1:

Geländeteile, die von Moor oder einer für Torfböden eigentümlichen Vegetation bedeckt sind, sind „Moorflächen“, ungeachtet dessen, ob unter den gegebenen Klimaverhältnissen noch weiterhin Torf gebildet wird.

Moore sind naturhistorische Archive ersten Ranges. Diese sind Lebensräume für zahlreiche hochspezialisierte seltene Tier- und Pflanzenarten und spielen für den Wasserhaushalt sowie für die Klimastabilisierung eine äußerst wichtige Rolle.

Zu schützen sind Moore von internationaler, nationaler, überregionaler und regionaler Bedeutung. Nach der Ramsar-Konvention haben die Unterzeichnerstaaten Feuchtgebiete jeder Art zu bewahren. Des Weiteren sind Moore gemäß Art. 9 Abs. 1 des Protokolls „Bodenschutz“ zur Alpenkonvention geschützt.

Gemäß der Ramsar-Konvention sind nicht nur Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung entsprechend zu schützen, sondern es sind auch die Unterzeichnerstaaten aufgefordert, Feuchtgebiete jeder Art zu bewahren. Insbesondere trifft dies auf Moore zu, da deren Entstehung auf einen jahrtausendelangen Prozess zurückgeht. Wegen ihres komplexen langandauernden Entstehungsprozesses sind sie nach menschlichen Zeitmaßstäben nicht eigens herstellbar. Viele Moore sind prioritäre Lebensräume nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Gemäß Art. 9 Abs. 1 des Protokolls „Bodenschutz“ zur Alpenkonvention sind Moore unmittelbar geschützt.

Jedenfalls muss bei der Unterschutzstellung von Mooren darauf geachtet werden, dass eine bestehende Wasserversorgung, z.B. für das Weidevieh, im ausreichenden Maß aufrechterhalten oder eine Ersatztränke bereitgestellt wird.

Im Zuge der Unterschutzstellung von Mooren, wird die Behörde dieselbe Vorgangsweise wählen, wie bei sonstigen Unterschutzstellungen:

- Identifizierung des Schutzgebietes;
- Abgrenzung des Schutzgebietes;
- Erstellung eines Verordnungstextes; dabei werden der Schutzzweck und die Ziele, die geplanten Maßnahmen, gegebenenfalls Ge- und Verbote in den Text aufgenommen und die Abgrenzung mittels Karte dargestellt;
- Einleitung des Verfahrens, Anhörungsverfahren (acht Wochen), gegebenenfalls Einarbeitung der eingelangten Stellungnahmen in den Verordnungstext;
- Regierungsvorlage und Beschlussfassung;
- Kundmachung.

Abs. 2:

Neu – unabhängig von der Frage der Schaffung eines Biotopverbundes – ist die Einbeziehung der Umgebung von Gebieten, die den Anforderungen der Kernzone eines Naturschutzgebietes zwar nicht mehr genügen, jedoch für die Sicherung des Schutzzwecks der Kernzone erforderlich sind.

Randzonen können Kernzonen von Naturschutzgebieten besser funktional in die Kulturlandschaft integrieren in dem sie schädliche Wirkungen der Umgebung auf den Schutzzweck abfedern. In der Randzone werden im Allgemeinen weniger und schwächere Restriktionen vorgeschrieben.

Z. 1:

Weitgehend ursprünglich sind jene Gebiete, die in ihrer Gesamtheit vom Menschen nicht oder noch kaum verändert wurden. Kennzeichnend sind insbesondere ein geringes Maß an dauerhaften Infrastruktureinrichtungen und eine überwiegend naturnahe Landschaftsausstattung. Elemente der traditionellen Kulturlandschaft, wie Almen oder mäßig veränderte Wälder, können Teil der naturnahen Landschaftsausstattung sein.

Z. 2:

Vorkommen besonders vieler Tier- oder Pflanzenarten bzw. Pilze sind als Zentren der Artenvielfalt schützenswert.

Z. 3:

Lebensräume seltener oder gefährdeter Tier- oder Pflanzenarten bzw. Pilze, speziell solche mit geringem Verbreitungsgebiet, sind für die Erhaltung der Artenvielfalt von enormen Interesse. Oftmals muss man durch geeignete Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen (Biotopmanagement) danach trachten, die Lebensräume nicht der sonst üblichen Sukzession zu überlassen.

Abs. 3:

Die zu erhaltenden Gebietsformen werden angeführt.

Z. 2:

Besondere Priorität haben Urwaldreste und Trockenrasen. Diese nur mehr kleinräumig vorhandenen weitgehend ursprünglichen Elemente der Naturlandschaft weisen eine große Vielfalt seltener Tier- und Pflanzenarten auf.

Halbtrockenrasen zählen zu den artenreichsten Grünland-Biotopen und sind somit als Zentren der Artenvielfalt schützenswert. Sie sind bei landesweiter Betrachtung wesentlich häufiger als primäre Trockenrasen aber durch Bewirtschaftungsveränderungen (z.B. Aufgabe der Mahd) besonders gefährdet.

Zu § 8 („Landschaftsschutzgebiete“):

In der Steiermark sind ca. 33 % des Landesgebietes Landschaftsschutzgebiete. Diese umfassen unterschiedliche Landschaftsräume, von den alpinen Hochlagen über die ausgedehnten Wirtschaftswaldungen, den inneralpinen Talzügen zu den Hügellandschaften der West- und Oststeiermark und Auwaldbereichen entlang der Mur bis Radkersburg.

Mit dem Wirksamwerden des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 1974 wurden durch die Flächenwidmungspläne sowie die regionalen Entwicklungsprogramme weitere Planungsinstrumentarien geschaffen, die ebenfalls Einfluss auf die Gestaltung des Naturraumes und die Kulturlandschaft nehmen. In Folge der veränderten Rahmenbedingungen begann 2004 die Revision der bestehenden 49 Landschaftsschutzgebiete.

Landschaftsschutzgebiete sollen Typlandschaften der Steiermark sein, die sich durch eine besondere Eigenständigkeit bäuerlicher Kulturlandschaft, durch eine jeweils charakteristische Ausstattung von Landschaftselementen oder durch naturräumlich hochwertige Lebensräume von den umgebenden Landschaftsbereichen abheben.

Abs. 3:

Bestimmte Vorhaben benötigen zur Vermeidung oder Milderung nachhaltiger Auswirkungen auf Natur und Landschaft einer Bewilligung.

Z. 1:

Bodenentnahmen im Sinn der Z. 1 beruhen auf einer ertragsorientierten Gewinnung von Rohstoffen. Der Abbau der Bodensubstanzen für den Eigenbedarf (z.B. die Seitenentnahme zur Herstellung einer Straßen-trasse) ist dem nicht zuzuordnen und bedarf keiner Bewilligung, da eine Ertragsabsicht aus dem Abbau fehlt.

Z. 2:

Nach dem Steiermärkischen Baugesetz ist im Zuge der Ausführung von baulichen Anlagen auf das Orts- und Landschaftsbild zu achten. Im Bauland werden aus diesem Grund Bauten und Anlagen bewilligungsfrei gestellt.

Baulichkeiten unter der Erde – etwa ein Straßenverkehrstunnel oder unterirdische Leitungsanlagen – sind nur bewilligungspflichtig, wenn sie sich auf der Oberfläche im Sinn des § 3 Abs. 1 Z. 1 auswirken (VwGH 20.12.1999, 99/10/0204).

Z. 4:

Flurgehölze und Hecken gliedern den Landschaftsraum und sind damit von besonderer Bedeutung für den Landschaftscharakter. Die dauerhafte Entfernung dieser Elemente kann daher Auswirkungen auf den Schutzzweck haben. Eine Ausholzung oder Einzelstammentnahmen die den Erhalt des Landschaftselementes als solches nicht gefährden, sind von der Bewilligungspflicht ausgenommen.

Zu § 9 („Europaschutzgebiete“):

Jene Gebiete, die Teil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes Natura 2000 sind, werden als Europaschutzgebiete bezeichnet. Das Netz Natura 2000 umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß Art. 1 lit. k der FFH-Richtlinie und nach Art. 3 Abs. 1 letzter Satz der FFH-Richtlinie

auch die nach der VS-Richtlinie ausgewiesenen Vogelschutzgebiete. Sie sind besondere Schutzgebiete im Sinn des Art. 1 lit. 1 der FFH-Richtlinie. Die Bezeichnung Europaschutzgebiet soll die besondere Bedeutung und Funktion des Gebietes hervorheben. Weiters steht der Paragraph mit Art. 4 der Berner-Konvention im Einklang.

Abs. 1:

Die Verordnungsermächtigung wird um Ziele und Maßnahmen ergänzt. Für einen gebietspezifischen Schutz und eine transparente Darstellung des Schutzzwecks ist die Festlegung von Erhaltungszielen und daraus abgeleiteten Maßnahmen unumgänglich. Bei der Umsetzung von Maßnahmen wird gemäß § 33 stets die Option des Vertragsnaturschutzes geprüft.

§ 4 Z. 20 definiert den Schutzzweck von Europaschutzgebieten. Verbote werden anzuordnen sein, wenn der Erhaltungszustand eines natürlichen Lebensraumes oder einer Art bestimmte Eingriffe in das Schutzgut nicht (mehr) zulässt.

Mit Bescheid sind Verbote nur dann vorzuschreiben, sofern durch die Verordnung im Vorhinein die für den Schutzzweck nötigen Einschränkungen nicht zielführend geregelt werden können. Dies kann etwa der Fall sein, wenn das jeweilige Vorkommen von bestimmten Tierarten (z.B. Wiesenbrüter oder Tagfalter) Jahr für Jahr bzw. witterungsbedingt stark wechselt und damit keine flächenscharfen oder zeitlich klaren Maßnahmen festgelegt werden können. Die bescheidförmige Vorschreibung bleibt aber die Ausnahme.

Abs. 2:

Art. 6 Abs. 1 der FFH-Richtlinie bildet die unionsrechtliche Grundlage für die Erarbeitung von Managementplänen, die entweder eigens für die Gebiete zu erstellen oder in andere Entwicklungspläne zu integrieren sind. Ein Managementplan für ein Europaschutzgebiet sollte jedenfalls dann erstellt werden, wenn der Handlungsbedarf besonders hoch ist oder die jeweils getroffenen Maßnahmen und Vereinbarungen für die Erreichung der Erhaltungsziele nicht ausreichen.

Abs. 3:

Die zu schützenden natürlichen Lebensräume, Tier- und Pflanzenarten sind nach Art. 11 der FFH-Richtlinie zu überwachen. Die Überwachung dient einerseits der Erfüllung der Monitoring- und Berichtspflichten, andererseits dem frühzeitigen Erkennen von Bestandstrends im Zuge des Managements.

Abs. 4:

Natürliche Lebensräume, Tier-, Vogel- und Pflanzenarten in Europaschutzgebieten unterliegen laut Art. 6 Abs. 2 der FFH-Richtlinie dem Verschlechterungsverbot. Um diese Pflicht erfüllen zu können, sind finanzielle Mittel für die Erhaltung, Gestaltung und Pflege der Europaschutzgebiete bereit zu stellen.

Zu § 10 („Naturparke“):

Ein Naturpark ist ein allgemein zugänglicher Landschaftsraum, der für die Erholung oder für die Vermittlung von Wissen über die Natur besonders geeignet ist, zu einem Schutzgebiet erklärt wurde, dessen Erholungs- oder Bildungswert durch entsprechende Erhaltungs- und Gestaltungsmaßnahmen um der Menschen willen gesteigert worden ist und der durch einen Verwaltungsakt die Bezeichnung Naturpark erhalten hat.

Für die Erhaltung und den Betrieb eines Naturparks ist es notwendig, dass Gemeinden, allenfalls auch eine andere Organisation als Trägerverein, die Betreuung übernehmen und den Betrieb sichern. Eine Prädikatverleihung darf erst erfolgen, wenn die in Abs. 2 angegebenen Voraussetzungen erfüllt sind.

Zu § 11 („Naturdenkmale“):

Naturdenkmale sind erhaltungswürdige Einzelschöpfungen der Natur. Baumgruppen sind keine Einzelschöpfungen (arg. „einzelne Bäume“). Die Kriterien dafür nennt Abs. 1.

Was insbesondere eine Einzelschöpfung der Natur sein kann, wird in Abs. 2 aufgezählt. Hinsichtlich der Heilquellen und Quellen zur Wasserversorgung ist auf die aktuell bestehende Nutzung und nicht auf potentiell mögliche Nutzungen abzustellen.

Ein Naturdenkmal wird mittels Bescheid zum Naturdenkmal erklärt. Die nähere Umgebung soll aber wegen des strengeren Schutzes nicht umfasst werden. Außerhalb des geschützten Bereiches gibt es keine Nutzungsbeschränkungen aus der Sicht des Naturdenkmales.

Zu § 12 („Geschützte Landschaftsteile“):

Bei den in Betracht kommenden Landschaftsteilen muss es sich um kleinräumige Landschaftsteile handeln. Diese werden mittels Bescheid zu einem geschützten Landschaftsteil erklärt.

Geschützt können fortan auch Ökoflächen aus Flurbereinigungs- und Grundzusammenlegungsverfahren, wie Bestandteile von Biotopverbundsystemen, Böschungsflecken, Heckenstreifen, Feldraine, Feuchtflecken und Feldgehölze, werden. Die Flächen sind damit vor Zerstörung oder unrechtmäßiger Aneignung besser gesichert. Regelmäßige Überprüfungen werden empfohlen.

Zu § 13 („Bewahrung von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsteilen“):

In Anlehnung an die bisherige Rechtslage werden jene Folgewirkungen bestimmt, die eine Unterschutzstellung der besonderen Naturgebilde nach sich zieht.

Abs. 1:

Veränderungen sind nur nach den Abs. 3 und 4 zulässig. Bisherige Nutzungen sollen aber beibehalten werden können.

Abs. 2:

Um etwaige nachteilige Eingriffe in den jeweiligen Schutzzweck eines Naturdenkmals oder eines geschützten Landschaftsteils hintanzuhalten ist vor Durchführung eines Vorhabens, das weder Abs. 3 noch 4 betrifft, der Behörde anzuzeigen.

Abs. 3:

Unter üblicher Pflege (z.B. von Bäumen) fallen sämtliche ohne größeren Aufwand zu treffenden Maßnahmen, wie das regelmäßige Ausschneiden einzelner toter Äste um eventuelle Schäden durch herabstürzende Äste zu vermeiden.

Abs. 4:

Anzuzeigen sind Zustandsveränderungen, die spezielle Maßnahmen (z.B. baumchirurgische Eingriffe) erfordern oder die Aufhebung der Erklärung zum Naturdenkmal (§ 24) auslösen können. Die Beurteilung des Zustandes der Bäume erfolgt durch die von der Behörde herangezogenen Fachleute. Mit der Anzeige wird die verantwortliche Person haftungsrechtlich besser gestellt.

Abs. 5:

Die Kosten der Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nach Abs. 3 und 4 (z.B. Arbeitsleistungen und Maschineneinsätze), werden privaten Personen aus den Mitteln des Landschaftspflegefonds ersetzt.

Dagegen sind die Kosten der Öffentlichkeit von den Gebietskörperschaften oder von den mehrheitlich von den Gebietskörperschaften finanzierten oder beherrschten Unternehmen oder Einrichtungen zu tragen.

„Beherrscht“ meint (vgl. Art. 50 Abs. 1 Z. 2 L-VG) die Beherrschung durch andere finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahmen.

Zu § 14 („Vorläufiger Schutz für zukünftige Landschafts- und Naturschutzgebiete“):

Diese Bestimmung gleicht der alten Regelung. Die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer (die Nutzungsberechtigte/der Nutzungsberechtigte) darf ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung keine Handlungen mehr setzen, die das zu schützende Gebiet schädigen könnten.

Der vorläufige Schutz endet mit Erlassung der Verordnung oder wenn die Verordnung nicht binnen einem Jahr erlassen wurde.

Zu § 15 („Vorläufiger Schutz für zukünftige Europaschutzgebiete“):

Laut Judikatur des EuGH (z.B. 13.1.2005, C-117/03, Rn. 26 ff und 15.3.2012, C-340/10, Rn. 46) ist für die an die Europäische Kommission gemeldeten Gebiete bis zur nationalen Ausweisung der Gebiete ein angemessener Schutz sicher zu stellen. Die bestehende Bestimmung wird übernommen.

Zu § 16 („Vorläufiger Schutz für zukünftige Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsteile“):

Ab der Verständigung – der kein Bescheidcharakter zukommt – bzw. ab der Kennzeichnung der besonderen Naturgebilde tritt der vorläufige Schutz ein.

Zu § 17 („Schutz der nicht unter die VS-Richtlinie fallenden Tiere“):

Großteils geben die Regelungen die alte Rechtslage wieder. Vor allem entsprechen die Bestimmungen den Art. 12, 14 bis 16 der FFH-Richtlinie. Der Paragraph berücksichtigt auch die Berner-Konvention, insbesondere die Verbote des Art. 6.

Abs. 1:

Gezüchtete Tiere unterstehen bis auf Abs. 9 nicht dem Naturschutz. Die Verordnungsermächtigung wird zum Zwecke der Feststellung geschützter Tierarten um Regelungen für gezüchtete Tiere erweitert. Erst durch eine Bestandsmeldung sind in der Regel gezüchtete Tiere von gehaltenen wild lebenden Tieren einwandfrei zu unterscheiden.

Abs. 5:

Der zusätzliche Ausnahmewilligungstatbestand des Abs. 5 Z. 6 nimmt hauptsächlich auf berechnigte Aktivitäten außerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung Bedacht. Daneben können Ausnahmen von den Verboten durch Verordnung festgelegt werden.

Abs. 8:

Die Verbotbestimmung ist mit dem Wortlaut des Art. 15 der FFH-Richtlinie ident. Wissenschaftlich sinnvolle Untersuchungsmethoden sollen erlaubt werden.

Abs. 9:

Die Wiederansiedlung von nicht dem Jagdrecht unterliegenden Tieren ist bewilligungspflichtig. Eine Bewilligung von der Landesregierung als Naturschutzbehörde kommt bloß für Tiere in Betracht, die schon einmal in der Steiermark heimisch waren. Dies ergibt sich durch das Wort „Wiederansiedlung“ in Zusammenschau mit der Wortfolge „Ansiedlung verdrängter wild lebender Tiere“ aus der Begriffsbestimmung gemäß § 4 Z. 4 lit. c. Außerdem darf eine solche Bewilligung mittels Bescheid nur dann erteilt werden, wenn sich dies weder auf die natürlichen Lebensräume noch auf die örtliche Tier- und Pflanzenwelt und die Pilze nachteilig auswirkt. Diese Voraussetzungen müssen kumulativ vorliegen. Unter „Natürlichen Lebensraum“ wird ein Gebiet, das den Standort und Lebensraum einer Lebensgemeinschaft von Tier- und Pflanzenarten bildet - also die freie Natur - verstanden.

Abs. 10:

Bestimmte Anlagen können durch ihre Ausführung geschützte Tierarten beeinträchtigen oder sogar vernichten. Damit dies hintangehalten wird, bedarf es der behördlichen Kontrolle der Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Zu diesem Zwecke sind der Behörde Unterlagen in einer Qualität vorzulegen, die eine artenschutzfachliche Überprüfung ermöglicht. Eine Vorlage eines artenschutzrechtlichen Gutachtens beinhaltet dies jedoch nicht. Um diese Überprüfung vorzunehmen, sind diese Unterlagen spätestens 3 Monate vor Ausführung des Vorhabens vorzulegen.

Durch ein unbedenkliches Überprüfungsergebnis wird der Antragstellerin/dem Antragsteller von Seiten der Behörde die Einhaltung der artenschutzrechtlichen Belange bestätigt.

Bei Vorliegen eines unbedenklichen Überprüfungsergebnisses ist davon auszugehen, dass keine verwaltungsstrafrechtlichen Artenschutztatbestände verwirklicht werden und das Vorhaben nicht mit zusätzlichen Kosten belastet wird. Dadurch kann zwischen der Behörde und der Antragstellerin/dem Antragsteller eine kooperative Zusammenarbeit im Hinblick auf einen funktionierenden Artenschutz gewährleistet werden.

Zu § 18 („Schutz der Vögel“):

Für die Vögel wird die eigene Bestimmung beibehalten. Die Art. 5, 6, 8, 9 und 11 der VS-Richtlinie weichen von jenen der FFH-Richtlinie ab.

Abs. 1:

Alle nicht nach der VS-Richtlinie jagdbaren wild lebenden Vögel sind zu schützen. Die Vögel werden direkt durch das Gesetz geschützt. Hinsichtlich der Verordnungsermächtigung wird auf die Bemerkungen zu § 17 Abs. 1 verwiesen. Ohne Kennzeichnungen und Meldungen über den Bestand bleiben zumeist Kontrollen der Einhaltung der Artenschutzbestimmungen unwirksam.

Abs. 2:

Die Verbote der Entfernung von Eiern aus der Natur in Z. 2 und der Besitz in Z. 5 sind an die Verbote der FFH-Richtlinie angeglichen.

Abs. 8:

Ein Aussetzen nicht heimischer Vogelarten wird verboten. Die Erteilung einer Bewilligung wird, wie bei den geschützten Tierarten, nicht erwogen.

Abs. 9:

Der Absatz ist im Hinblick auf § 17 Abs. 10 in gleicher Weise anzufügen.

Zu § 19 („Schutz der Pflanzen und Pilze“):

Nach denselben Kriterien wie für Tiere sind auch die Pflanzen zu schützen. Die Ausführungen zu Abs. 5 und 10 zum Schutz der nicht unter die VS-Richtlinie fallenden Tiere gelten sinngemäß. Die Art. 13, 14, 16 der FFH-Richtlinie, die Verbote des Art. 5 der Berner-Konvention sind umgesetzt.

Abs. 9:

Ein Auspflanzen invasiver nicht heimischer Pflanzenarten wird verboten.

Abs. 10:

Die bislang praktizierte land- und forstwirtschaftliche Nutzung gefährdet keine an eine solche Nutzung angepassten Pflanzenbestände. Für Pflanzenarten der FFH-Richtlinie sind jedoch generelle Ausnahmen nicht möglich.

Zu § 20 („Schutz von Mineralien und Fossilien“):

Durch diese Bestimmung soll die Erhaltung wertvoller Funde gesichert werden. Das Sammeln von Mineralien und Fossilien wird nicht generell verboten, aber beschränkt.

Abs. 2:

Ein Raubbau ist zu verhindern. Am ehesten überwachbar und ohne übertriebenen Verwaltungsaufwand vollziehbar erscheint ein Verbot von Geräten und Mitteln für den Abbau von Mineralien und Fossilien.

Zu § 21 („Unterschutzstellungsverfahren für Natur- und Landschaftsschutzgebiete“):

Die Verständigungspflichten orientieren sich großteils an der alten Rechtslage.

Abs. 2:

Außer den genannten Institutionen werden zudem andere Rechtsträger und Behörden zu verständigen sein, um möglichst alle für die Verordnung relevanten Grundlagen zu erhalten.

Abs. 3:

Eine Verpflichtung der Grundeigentümerin/des Grundeigentümers zur Verständigung der Nutzungsberechtigten ergibt sich lediglich, wenn die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer tatsächlich Kenntnis vom eingeleiteten Verfahren hat.

Das Unterlassen einer persönlichen Benachrichtigung bei mehr als 100 zu verständigenden Personen erfolgt vor dem Hintergrund eines großen Verwaltungsaufwandes, weshalb an deren Stelle die ediktale Benachrichtigung treten soll. Dies geschieht in Anlehnung an die Bestimmung des § 44a AVG („Großverfahren“). Der organisatorische und finanzielle Aufwand, der mit der persönlichen Benachrichtigung verbunden ist, rechtfertigt eine Benachrichtigung durch Edikt.

Abs. 5:

Die eingeschränkte Anwendung des Verfahrens wird genauer formuliert.

Zu § 22 („Unterschutzstellungsverfahren für Europaschutzgebiete“):

Bis zur Erklärung eines gemeldeten Gebietes zum Europaschutzgebiet bedarf es, wie zu § 15 ausgeführt, eines angemessenen Schutzes. Das Verfahren ähnelt dem Unterschutzstellungsverfahren für Natur- und Landschaftsschutzgebiete.

Zu § 23 („Verfahren zur Erklärung von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsteilen“):

Die Bestimmungen sollen die Information zwischen der Grundeigentümerin/dem Grundeigentümer (der Nutzungsberechtigten/dem Nutzungsberechtigten) und der Behörde gewährleisten.

Zu § 24 („Aufhebung von Erklärungen“):

In Z. 3 wird ein weiterer Aufhebungstatbestand eingeführt. Aus Rücksicht auf ein später eintretendes höher zu bewertendes überwiegendes öffentliches Interesse soll der Schutz eines besonderen Naturgebildes aufgehoben werden können.

Zunächst sind alternative Möglichkeiten zu prüfen. Ein höheres überwiegendes öffentliches Interesse ist nicht gegeben, falls bei einer geänderten Ausführung des Vorhabens das besondere Naturgebilde bewahrt bleibt.

Von einer ausdrücklichen Ermächtigung, wann Verordnungen aufzuheben sind, wird abgesehen. Der Verordnungsgeber kann jederzeit, wenn keine zwingenden rechtlichen Gründe entgegenstehen, Verordnungen wieder aufheben.

Zudem werden Verordnungen, bei denen die materiell rechtlichen Voraussetzungen für deren Erlassung weggefallen sind, von Amts wegen aufzuheben sein.

Zu § 25 („Ersichtlichmachung im Grundbuch“):

Diese Bestimmung stimmt inhaltlich mit dem § 19 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 überein. Die Zustimmung der Bundesregierung ist in Folge der Mitwirkung des Grundbuchgerichts neuerlich gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG einzuholen.

Zu § 26 („Antrag“):

Die Angaben bzw. Unterlagen (eine Ausfertigung für die antragstellende Partei und die Behörde) nach Abs. 1 und 2 sind in der Regel für eine ordnungsgemäße Beurteilung von Vorhaben oder Maßnahmen erforderlich. Soweit in Einzelfällen Unterlagen nicht notwendig sind, kann gemäß Abs. 5 eine Vorlage entfallen.

Abs. 3:

In Verfahren, in denen eine Bewilligung trotz eines störenden Eingriffs erteilt werden soll, dient der ökologische Begleitplan und dessen nachfolgende Durchführung der wenigstens teilweisen Milderung des Eingriffs.

Ein ökologischer Begleitplan wird etwa bei Wasserkraftwerksbauten, Ufersanierungen oder Schutzwasserbauten nötig werden. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wird die Beibringung eines solchen Plans eher die Ausnahme sein.

Abs. 4:

Der Behörde soll die Möglichkeit geboten werden, spezielle Unterlagen, die die Auswirkungen auf das Landschaftsbild oder den Naturhaushalt aufzeigen, anzufordern oder Nachweise über das behauptete überwiegende öffentliche Interesse an der beantragten Maßnahme zu verlangen.

Zumutbare Alternativen sind solche, die das vorgegebene Planungsziel an anderer Stelle ohne oder mit weniger Beeinträchtigung realisieren.

Zu § 27 („Bewilligungen, ökologischer Ausgleich“):

Die verschiedenen Vorgaben legen die Voraussetzungen für die Erteilung von Bewilligungen fest.

Abs. 2:

Zu Vorhaben oder Maßnahmen, bei denen sich durch Auflagen zur Verbesserung der Gestaltung die Milderung des Erscheinungsbildes allein nicht erzielen lässt, wird die Möglichkeit eröffnet, durch eine Umraumgestaltung eine bessere Einfügung in die Landschaft zu erreichen.

Abs. 3:

Im Rahmen der Güterabwägung ist zu beurteilen, welche der widerstreitenden öffentlichen Interessen überwiegen. Dabei wird das für die Gesamtheit der Gesellschaftsmitglieder jeweils Beste – auch wenn es die durch Kompromiss zustande gekommene Integration und den Ausgleich der verschiedenen Gruppenansprüche darstellt – einzuschätzen sein.

Es ist danach zu fragen, welche öffentlichen Interessen gewichtiger sind, was dem Menschen also langfristig mehr nützt und wichtiger ist; das Vorhaben, die Maßnahme oder die Erhaltung einer unbeeinträchtigten Natur und Landschaft. Geht diese Güter- bzw. Interessensabwägung zu Ungunsten der Bewahrung von Natur und Landschaft aus, dann ist in diesen Fällen durch Auflagen zu bewirken, dass die nachhaltigen Wirkungen eines Vorhabens oder einer Maßnahme möglichst gering gehalten werden.

Bei Naturschutzgebieten ist diese Bestimmung nicht anzuwenden, weil zu erwartende Auswirkungen im Sinn des § 3 Abs. 1 den Schutzzweck entwerten würden. Nur mit einer (auch teilweisen) Aufhebung des Schutzes könnte vorgegangen werden.

Abs. 4 und 5:

Mit diesen Absätzen können an Stelle der Versagung des Vorhabens oder der Maßnahme nach Abs. 2 oder 3 über Antrag der Antragstellerin/des Antragstellers von der Behörde Ausgleichsmaßnahmen respektive ein finanzieller Beitrag im Rahmen von Auflagen vorgeschrieben werden.

Durch diese Ausgleichsmaßnahmen lassen sich der unwiederbringliche Verlust an erhaltenswerten Bestandteilen von Landschaft und Biotopen für Landschaft und Natur auf noch verkraftbare Weise begrenzen. Sie sind eine sinnvolle Variante gegenüber einer sonst eventuell notwendigen Untersagung eines Vorhabens oder einer Maßnahme.

Ferner erfüllt die generelle Möglichkeit der Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen eine Forderung des Art. 9 Abs. 2 des Protokolls Naturschutz und Landschaftspflege zur Alpenkonvention.

Diese Auflagenvorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen unterscheidet sich im Wesentlichen von den Auflagen gemäß Abs. 2 oder 3 insofern, dass diese sich zukünftig auch projektändernd auf das Vorhaben oder die geplante Maßnahme auswirken können.

Entsprechend der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ist der Spielraum der Behörde bei der Auflagenvorschreibung insofern begrenzt, als sie nur solche Auflagen vorschreiben darf, die den Gegenstand des Verfahrens nicht modifizieren; ausgeschlossen sind daher so genannte projektändernde Auflagen, worunter man solche versteht, die den vom Bewilligungswerber in seinem Antrag festgelegten Verfahrensgegenstand derartig wesentlich verändern, dass man von einem „aliud“ sprechen muss (VwGH 4.3.2008, 2005/05/0281).

Demnach bedarf es für die Vorschreibung von projektändernder Ausgleichsmaßnahmen einer gesetzlichen Grundlage, welche nunmehr in diesem Absatz normiert wurde. Auch scheint es geboten, dass diese möglichen Ausgleichsmaßnahmen an einem gesonderten Antrag der Antragstellerin/des Antragstellers geknüpft werden.

So kann durch die mögliche Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen ein an sich nicht bewilligungsfähiges Projekt doch einer Genehmigung zugeführt werden, wenn damit eine wesentliche Verbesserung des Landschaftsbildes oder Naturhaushaltes erreicht wird und diese Verbesserung die nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens oder der Maßnahme erheblich überwiegt.

Demnach sind seitens der Behörde bei der möglichen Bewilligungserteilung folgende chronologische Prüfschritte durchzuführen:

- Kann das geplante Vorhaben oder die Maßnahme ohne nachhaltige Auswirkungen auf den Schutzzweck realisiert werden, ohne dass gesonderte Auflagen vorgeschrieben werden müssen, ist die beantragte Bewilligung zu erteilen.
- Können durch die Realisierung des Vorhabens die nachhaltigen Auswirkungen nur mittels Vorschreibung von Auflagen oder Bedingungen im Sinn des Abs. 2 auf den Schutzzweck ausgeschlossen oder auf ein unerhebliches Ausmaß beschränkt werden, ist dies in der zu erteilenden Bewilligung gesondert vorzuschreiben. Durch diese Vorschreibung wird das geplante Projekt mit dem Schutzzweck vereinbar. Falls dies durch diese Vorschreibung nicht möglich sein sollte, ist die Bewilligung zu versagen.
- Falls das Projekt nach Abs. 2 aus den vorgenannten Gründen nicht genehmigungsfähig sein sollte, hat die Behörde zu prüfen, ob nicht ein anderes „höheres öffentliches Interesse“ im Sinn des Abs. 3 vorliegt. Dabei ist seitens der Behörde bei der Prüfung des „öffentlichen Interesses“ ein enger Maßstab anzusetzen. Im Gegensatz zu Abs. 2 ist beim tatsächlichen Vorliegen eines „öffentlichen Interesses“ ein Eingriff in das Schutzgut möglich, wobei jedoch durch Auflagen sicherzustellen ist, dass die nachhaltigen Wirkungen des Vorhabens oder der Maßnahme möglichst gering gehalten werden. Falls auch hierbei die Auswirkungen mittels Auflagenvorschreibung nicht gering gehalten werden können oder auf ein unerhebliches Ausmaß beschränkt werden können, ist die Bewilligung zu versagen.
- Jedoch könnte in der weiteren Abfolge von der Antragstellerin/dem Antragsteller die Prüfung bzw. die Vorschreibung von gesonderten Ausgleichsmaßnahmen gemäß Abs. 4 beantragt werden. Diese Ausgleichsmaßnahmen könnten, so wie bereits oben ausgeführt, auch projektändernde Maßnahmen beinhalten. Jedoch darf durch diese Vorschreibung das Projekt nicht verunmöglicht werden. Zudem ist bei diesen Ausgleichsmaßnahmen vorrangig darauf zu trachten, dass ein

räumliches und/oder naturschutzfachliches Naheverhältnis zu den beeinträchtigten Schutzgütern, wie etwa Landschaftsbild und/oder Naturhaushalt, gewahrt bleibt.

- Nur wenn tatsächliche Ausgleichsmaßnahmen im Sinn des Abs. 4 nicht in Betracht kommen, ist ein finanzieller Beitrag gemäß Abs. 5 vorzuschreiben, der kostenmäßig der nicht durchführbaren Ausgleichsmaßnahmen entspricht. Der finanzielle Beitrag hat den Zielen des Gesetzes zu entsprechen. Auch bei der Verwendung dieser Mittel ist vorrangig darauf abzustellen, dass ein räumliches und/oder naturschutzfachliches Naheverhältnis zu den beeinträchtigten Schutzgütern, wie etwa Landschaftsbild und/oder Naturhaushalt, gewahrt bleibt.

Ähnliche Regelungen bestehen bereits in anderen Naturschutzgesetzen (Salzburg, Burgenland, Niederösterreich, Kärnten).

Abs. 6:

Eine ökologische Bauaufsicht mit naturschutzfachlicher Kompetenz hat sich im Interesse einer besseren Berücksichtigung des Naturschutzes in der Praxis bewährt. Eine ökologische Bauaufsicht soll bei Bedarf angeordnet werden können.

Zu § 28 („Naturverträglichkeitsprüfung“):

Die Bestimmungen entsprechen dem bisher geltenden Recht, mit denen Art. 6 Abs. 3 und 4 der FFH-Richtlinie umgesetzt wurden.

Der in Abs. 1 eingefügte Satzteil „nach Ermittlung und Untersuchung der Auswirkungen auf die in der Verordnung angeführten Schutzgüter“ bezweckt eine Klarstellung. Mit der Vorprüfung wird lediglich geklärt, ob das Vorhaben geeignet ist, den Schutzzweck eines Europaschutzgebietes erheblich zu beeinträchtigen. Die Naturverträglichkeitsprüfung beginnt nach Beendigung der Vorprüfung, sofern eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzwecks eines Europaschutzgebietes nicht ausgeschlossen werden kann.

Zu § 29 („Erlöschen von Bewilligungen“):

In der Natur sollen Dauerbaustellen vermieden werden, die auf das Landschaftsbild, den Naturhaushalt, insbesondere auf den Lebensraum der Tiere abträgliche Auswirkungen haben.

Abs. 1:

Neben den an und für sich bereits auf Grund der bestehenden Rechtslage eindeutigen Gründe für das Erlöschen einer Bewilligung wird überdies der Verzicht als Erlöschungsgrund festgehalten.

Abs. 2:

Obwohl längere Fristen zur Inangriffnahme und bescheidmäßigen Fertigstellung des Vorhabens oder der Maßnahme normiert sind, bleibt eine dem jeweiligen konkreten Fall flexible Vorgangsweise aufrecht.

Abs. 3:

Die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer kann – allenfalls nach amtswegigen Ermittlungen – lediglich herangezogen werden, wenn sie der Angelegenheit zugestimmt haben. Es könnte z.B. sein, dass die Inhaberin/der Inhaber verstorben, auf Dauer oder längere Zeit im Ausland ist. In solchen Fällen könnte die Grundeigentümerin/der Grundeigentümer verpflichtet werden, den noch nicht fertiggestellten Zustand wieder zu beseitigen.

Zu § 30 („Wiederherstellung“):

Im Gegensatz zum bisherigen Wiederherstellungsauftrag, wonach bloß der Veranlasserin/dem Veranlasser die Vornahme von Wiederherstellungsmaßnahmen aufgetragen werden konnte, soll nun, gleich wie bei § 29 Abs. 3, der Grundeigentümerin/dem Grundeigentümer – allenfalls nach amtswegigen Ermittlungen – die Wiederherstellung aufgetragen werden können, wenn sie der Angelegenheit zugestimmt haben.

Zu § 31 („Landschaftspflegefonds“):

Der Landschaftspflegefonds wird unverändert als Sondervermögen geführt. Die für den Naturschutz notwendigen Mittel können damit unabhängig vom Ablauf eines Budgetjahres sinnvoll und zweckmäßig verwendet werden.

Abs. 2 Z. 3:

Eine zweckgewidmete Abgabe, etwa eine Landschaftspflegeabgabe, könnte für die Inanspruchnahme der Natur und Landschaft erhoben werden. Auf diese Weise kann ein Prozess der Selbststeuerung in Gang gesetzt werden, die Güter der Natur sparsam zu verbrauchen.

Abs. 4:

Jene Maßnahmen, für die Mittel des Fonds zu verwenden sind, werden erweitert. So sollen nach Z. 6 Artenschutzprogramme einschließlich der Erhebung der wissenschaftlichen Grundlagen, nach Z. 9 die Öffentlichkeitsarbeit aus Mitteln des Fonds bestritten werden. Nach Z. 7 können die Kosten der fachlichen Grundlagenerhebungen in Form von Kartierungen für bestehende oder geplante Schutzgebiete bedeckt werden.

Z. 12:

Förderwürdig können etwa die Errichtung eines Gipfelwanderweges und die Ausgestaltung eines Themenweges sein.

Zu § 32 („Entschädigung“):

Erhebliche Belastungen im Interesse des Naturschutzes – sog. Sonderopfer – sind durch staatliche Leistungen („angemessene Entschädigung“) auszugleichen. Indessen sind mindere Beschränkungen wegen der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ohne finanzielle Abgeltung zu tolerieren. Versagungen von Bewilligungen oder Auflagen durch Bewilligungen sind keinesfalls zu entschädigen.

Abs. 1:

Nach dem Erkenntnis des VwGH vom 12.9.1983, 83/10/0183 ist für die Entschädigungspflicht die Nutzung des betreffenden Grundstücks zum Zeitpunkt der Unterschutzstellung maßgebend. Unrealistische Nutzungen sind nicht zu entschädigen. Eine fiktive Wertminderung eines Grundstücks, die einzig aus der Tatsache der Unterschutzstellung abgeleitet wird, wird nicht entschädigt (OGH 29.9.2009, 8 Ob 35/09v).

Abgesehen vom Zeitpunkt der Unterschutzstellung kann auch die Einleitung eines Verfahrens einen Entschädigungsanspruch bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen (Z. 1 und 2) auslösen, sodass hier die Nutzung des betreffenden Grundstücks zum Zeitpunkt der Einleitung des betreffenden Verfahrens maßgeblich ist.

Ein nutzungseinschränkender rechtskräftiger Bescheid als Ausgangspunkt eines Entschädigungsanspruches ist zwar denkbar und daher tatbestandbegründend, in der Praxis wird dies allerdings deshalb selten der Fall sein, da im Regelfall Schutzgebietsausweisungen durch Verordnung samt Ge- und Verboten erfolgen. Nur im Ausnahmefall ist für Europaschutzgebiete in § 9 Abs. 1 letzter Satz vorgesehen, Ge- und Verbote (später) bescheidförmig zu verfügen.

Der Anspruch auf Entschädigung setzt eine ertragbringende Bewirtschaftung oder sonstige Wirtschaftsführung voraus. Demnach ist der mögliche Ertragsverlust abzugelten, wenn entweder eine bestimmte bestehende Nutzungsart verboten wird (z.B. die forstliche Nutzung oder Mahd) oder Veränderungen bestehender Nutzungen verboten werden (z.B. im Rahmen der Fruchtfolge die Umwandlung von Wiesen oder Weide in Acker).

Nicht verwirklichte Vorhaben sind berechtigte Vorhaben, sofern alle erforderlichen Bewilligungen bzw. rechtlichen Voraussetzungen – es bedarf keiner gesonderten Bewilligung – vorliegen. Darf durch eine Rechtsvorschrift oder eine planerische Maßnahme, wie einen Flächenwidmungsplan, eine ausstehende Bewilligung nicht verweigert werden, ist so zu entschädigen, als ob die fehlende Bewilligung vorläge. Könnte auf Grund der Rechtslage und der konkreten Situation eine ausstehende Bewilligung verweigert werden, liegt die fehlende Bewilligung demgegenüber nicht vor.

Ist z.B. ein Grundstück im Flächenwidmungsplan als Bauland ausgewiesen, wird für ein geplantes Bauvorhaben eine baurechtliche Bewilligung nicht verweigert werden können. Es ist so zu entschädigen, als läge die Baubewilligung vor. Wird in einem Schutzgebiet im Bereich einer geplanten Forststraße des Schutzwaldes oder Wasserschongebietes die forstliche Nutzung verboten, wird die entgehende Holznutzung durch Seilkran oder Helikopter zu entschädigen sein. Bezüglich des Forst- und Wasserrechtsverfahrens kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Bewilligungen auf jeden Fall zu erteilen sind. Hingegen liegt bei einer geplanten nur anmeldepflichtigen Forststraße die Berechtigung zur Verwirklichung des Vorhabens vor. Die Holznutzung ist so zu entschädigen, wie sie auch über die Forststraße möglich wäre.

Im Gegensatz zur Vorgängerbestimmung des § 25 Steiermärkisches Naturschutzgesetz 1976 wurde die Wortfolge „oder einen sonstigen erheblichen Vermögensnachteil“ nicht übernommen. Dies vor dem Hin-

tergrund, dass die Wortfolge in den vergangenen Jahren zu Auslegungsschwierigkeiten (ebenso) vor Gerichten führte, ohne dass sich daraus am Umfang des Entschädigungsanspruchs etwas geändert hätte (z.B. könnte eine Verkehrswertminderung nicht zusätzlich zu einer Ertragsminderung abgegolten werden). Auch ein Rechtsvergleich mit den anderen Ländern hat gezeigt, dass sich die Wortfolge in keinem sonstigen Naturschutzgesetz wiederfindet. Die Wortfolge ist als totes Recht zu betrachten und soll entfallen.

Abs. 2:

Sollte die Unterschutzstellung eine ertragbringende Bewirtschaftung oder Wirtschaftsführung im überwiegenden Ausmaß nicht mehr gewährleisten, sind auf Antrag der nutzungsbeeinträchtigten Grundeigentümerin/des nutzungsbeeinträchtigten Grundeigentümers andere Grundstücke bereitzustellen oder Grundstücke abzulösen. Kaufpreis ist der am freien Markt für das Grundstück erzielbare Wert.

Abs. 4:

Hiebei könnte als geeigneter Index zur Berechnung einer jährlichen Entschädigung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen der Holzpreisindex oder der Agrarpreisindex herangezogen werden.

Abs. 5:

Das Land hat die Kosten des Verwaltungsverfahrens zu bestreiten. Wer durch Naturschutz belastet wird, soll nicht das Kostenrisiko für die Durchsetzung der Abgeltung vermögensrechtlicher Nachteile tragen.

Zu § 33 („Vertraglicher Naturschutz“):

Eine erfolgreiche Erhaltung unserer Kulturlandschaft und eine effektive Verbesserung der ökologischen Bedingungen hängen entscheidend von der Akzeptanz der Bürgerinnen/Bürger für die zu treffenden Verwaltungsmaßnahmen ab.

Begrifflich umfasst der „vertragliche Naturschutz“ nicht nur förmlich abgeschlossene privatrechtliche Verträge, sondern auch fördernde Maßnahme, die an gewisse Voraussetzungen bzw. Verpflichtungen geknüpft sind. Mit der Einverständniserklärung zu diesen Förderungsvoraussetzungen kommt ebenfalls eine Vereinbarung zustande.

Der Vorteil des vertraglichen Naturschutzes liegt in dessen Freiwilligkeit und im Gestaltungsspielraum. Freiwillige Beschränkungen mit finanziellen Gegenleistungen werden eher eingehalten als hoheitliche Verfügungen. Weiters ermöglichen die im Zuge der Vertragsverhandlungen notwendigen zahlreichen persönlichen Kontakte mit den Betroffenen eine bessere Information. Dadurch wird ein größeres Verständnis für die Anliegen des Naturschutzes erreicht.

Vertraglicher und hoheitlicher Naturschutz sollen sich sinnvoll verschränken. Dem vertraglichen Naturschutz soll der Vorzug gegeben werden, wenn ein aktives Handeln der Nutzungsberechtigten, etwa eine bestimmte Art der Bewirtschaftung, notwendig ist. Für wertvollste Lebensräume oder bei bestimmtem Handlungsbedarf in Schutzgebieten wird dem hoheitlichen Naturschutz, eventuell zusammen mit dem vertraglichen Naturschutz, der Vorzug zu geben sein. Der hoheitliche Naturschutz stellt klar, welche Handlungen mit dem Schutzzweck keinesfalls vereinbar sind. Er gewährleistet damit den dauerhaften Schutz vor wesentlichen Beeinträchtigungen des Lebensraumes.

Beim vertraglichen Naturschutz ist zu bedenken, dass nach Vertragsende der Vertragsgegenstand ohne Konsequenzen vernichtet werden kann. Das wäre für Lebensräume gravierend, die schwer (z.B. Trockenrasen) oder gar nicht mehr (z.B. Moore) herzustellen sind. Die geleisteten finanziellen Aufwendungen (z.B. im Rahmen von Förderungen) sind vertan.

Im Übrigen sind vertragliche Vereinbarungen nur zwischen den Vertragsparteien wirksam. Eingriffe anderer Personen in vertraglich geschützte Bereiche können gar nicht oder lediglich sehr schwer verhindert werden.

Zu § 34 („Naturschutzbuch“):

Zwischenzeitlich gibt es ein auf EDV umgestelltes Naturschutzbuch. Entsprechend den EDV-mäßigen Möglichkeiten könnte sogar anderen Dienststellen, Behörden und Personen ein direkter Zugriff auf die Daten gewährt werden.

Zu § 35 („Kennzeichnung in der Natur“):

Diese Bestimmung entspricht nahezu den bisherigen Regelungen.

Zu § 36 („Maßnahmen der Landschaftspflege“):

Diese Bestimmung entspricht nahezu den Regelungen des NSchG 1976.

Zu § 37 („Behörden“):

Die Zuständigkeitsregelungen sind vom Gedanken des One-Stop-Shop Prinzips getragen. In ein und derselben Angelegenheit soll, soweit möglich, eine Behörde alle Rechtsvorschriften bzw. Verfahren vollziehen.

Abs. 1:

In einem ersten Schritt ist auf die spezifischen zuständigkeitsbegründeten Normen dieses Gesetzes abzustellen. Die §§ 7, 8, und 9 begründen z.B. eine Zuständigkeit der Landesregierung für die jeweiligen Unterschutzstellungsverfahren.

Z. 1:

Als Behörde wird die Bezirksverwaltungsbehörde generalklauselartig für alle nicht unter Z. 2 fallende Verfahren, vor allem für Bewilligungen, zuständig. Darüber hinaus bleibt sie Behörde für Verfahren bei Ankündigungen, Naturdenkmalen und geschützten Landschaftsteilen.

Z. 2:

Durch die Festlegung der Zuständigkeit der Landesregierung werden alle Rechtsvorschriften für ein Vorhaben von obersten Behörden vollzogen. So wird z.B. für die Errichtung einer Wasserkraftanlage die Landesregierung zuständig, wenn nach dem Wasserrechtsgesetz 1959 der Landeshauptmann zuständig ist.

Weitere Beispiele: für die Errichtung einer Landesstraße oder Starkstromleitungsanlage wird die Landesregierung zuständig, weil nach dem Steiermärkischen Landesstraßen-Verwaltungsgesetz 1964 bzw. dem Steiermärkischen Starkstromwegegesetz 1971 die Landesregierung zuständig ist.

Die Konzentrationsbestimmungen für die Zuständigkeit von Behörden nach anderen Materiengesetzen (z.B. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 und Abfallwirtschaftsgesetz 2002) werden durch den § 37 nicht berührt.

Abs. 2:

Aus verwaltungsvereinfachenden Gründen wird außerdem bei einer örtlichen Zuständigkeit verschiedener Behörden die Landesregierung zuständig.

Zu § 38 („Naturschutzbeauftragte“):

Seit Jahrzehnten ist die Tätigkeit der Naturschutzbeauftragten in der Bevölkerung weitgehend anerkannt. Die Ausübung der Tätigkeit setzt eine naturkundliche Fachkenntnis voraus. Um den Arbeitsaufwand bewältigen zu können, muss für jeden Verwaltungssprengel mindestens eine vollbeschäftigte fachkundige Person bestellt werden. Die Naturschutzbeauftragten sind auf Grund ihrer Kenntnisse der lokalen Gegebenheiten am geeignetsten die Auswirkungen eines Vorhabens auf die Natur und die Landschaft zu beurteilen. Sie sind in behördlichen Verfahren als Sachverständige beizuziehen.

Zu § 39 („Mitwirkung von Organen der Bundespolizei“):

In Anbetracht der wiederholt gestellten Forderung des Bundes nach Entlastung der Sicherheitsorgane von nicht unmittelbar sicherheitsbezogenen Aufgaben wird eine geringere Mitwirkung der Organe der Bundespolizei vorgesehen.

Diese Organe sollen nur mehr über Ersuchen in den Fällen einschreiten, die nach dem Verwaltungsstrafrecht den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes vorbehalten sind (Festnahme nach § 35 VStG 1991). Dies wird öfters die einzige Möglichkeit sein einen unwiederbringlichen Schaden abzuwenden, z. B. bei beabsichtigter Schlägerung eines als Naturdenkmal geschützten Baumes.

Der Text gleicht dem § 76 Abs. 1 des Burgenländischen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetzes 1990, dem der Bund gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG die Zustimmung erteilt hat.

Allgemeine Anordnungen an Organe der öffentlichen Aufsicht sind überflüssig. Zur Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes ist in erster Linie die Steiermärkische Berg- und Naturwacht nach dem Steiermärkischen Berg- und Naturwachtgesetz 1977 heranzuziehen.

Zu § 40 („Betretungsrecht und Auskunftspflicht“):

Sämtlichen mit Aufgaben des Naturschutzes betrauten Personen wird ein freier Zutritt und ein Auskunftsbegehren eingeräumt.

Abs. 1:

Das Recht des Betretens von Grundstücken ist mit behördlichen Aufgaben, die lediglich an Ort und Stelle erledigt werden können, unbedingt nötig. Dieses Recht umfasst in systematischer Auslegung des Ziels des Gesetzes auch ein Recht des Befahrens der Grundstücke. Würde mit dem Recht des Betretens bloß ein Begehen erlaubt sein, hätte dies zum Teil, wenn man an großflächige Gebiete denkt, für die behördliche Aufgabenerfüllung eine erhebliche Erschwernis zur Folge.

Bei der Ausübung des Betretungsrechts ist mit tunlichster Schonung der Liegenschaften vorzugehen und das Betretungsrecht nur im notwendigen Umfang zu beanspruchen. Dort, wo ein Begehen für die Erfüllung der Aufgaben ausreicht (Kleinräumigkeit des Gebietes, gute Erreichbarkeit), ist ein Befahren der Grundstücke unverhältnismäßig und damit verwehrt. Weiters gebietet die Beachtung des Eigentums nur ein Befahren bestehender Infrastruktur. Das Befahren des freien Geländes würde einen unverhältnismäßigen Eigentumseingriff bedeuten.

Schließlich ist zu beachten, dass das Befahren keine unverhältnismäßige Behinderung des widmungsgemäßen Gebrauchs der in Anspruch genommenen Grundstücke auslöst. So darf etwa eine Forststraße nicht benützt werden, wenn sie gerade zu Forstzwecken verwendet wird und diesbezügliche Tätigkeiten behindern würden.

Abs. 2:

Die betretungsberechtigten Organe haben sich grundsätzlich persönlich bei den zu informierenden Personen zeitgerecht anzumelden. Bei einer größeren Personenanzahl wird sich eine persönliche Anmeldung nicht immer bewerkstelligen lassen. Der zeitliche Aufwand ist zu hoch.

Ein größerer Personenkreis soll von den Amtshandlungen mittelbar durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde und der Bezirksverwaltungsbehörde informiert werden. Eine Ausweispflicht besteht immer.

Abs. 3:

Zu den Aufgaben des Naturschutzes gehören die Grundlagenerhebung, etwa für die Schaffung von Schutzgebieten, für faunistische oder floristische Kartierungen, und die Handhabung von zwingenden Maßnahmen zur Bewahrung des Schutzzwecks.

Diese Aufgaben werden hauptsächlich von beauftragten nicht behördlichen Fachleuten verrichtet. Im Rahmen ihrer Tätigkeit müssen sie fremde Grundstücke betreten. Ein Recht auf Zutritt ist geboten. Neben der Anmeldung haben sie auf Verlangen einen Ausweis und den behördlichen Auftrag vorzuzeigen.

Zu § 41 („Strafbestimmungen“):

Sanktionsmöglichkeiten bei Ungehorsam haben in Gesetzen enthalten zu sein.

Abs. 1:

Für schwerwiegende Fälle ist ein Strafraum bis 30.000 Euro gerechtfertigt. Von schwerwiegenden Fällen ist insbesondere auszugehen, wenn ein nicht wieder gutzumachender Schaden entstanden ist (z.B. Fällen eines zu einem Naturdenkmal erklärten Baumes) oder wenn die Tat deswegen begangen wurde, um einen möglichst hohen wirtschaftlichen Vorteil daraus zu ziehen (z.B. Abbau einer nicht bewilligten Lagerstätte).

Abs. 2:

Die erfolgte Erklärung bestimmter Delikte zu Dauerdelikten ist von wesentlicher Bedeutung. Dadurch beginnen die in § 31 VStG 1991 festgesetzten Verjährungsfristen (1 bzw. 3 Jahre) erst mit der Beseitigung der Anlage, Behebung der Maßnahme oder Rechtskraft der nachträglich erteilten Bewilligung zu laufen.

Abs. 5:

Eingehobene Geldstrafen sollen für Naturschutzmaßnahmen verwendet werden. Solche Gelder sind dem Landschaftspflegefonds zuzuleiten.

Zu § 42 („EU-Recht“):

Durch Art. 288 Abs. 3 AEUV besteht die Verpflichtung, die verbindlichen Ziele der beiden Richtlinien in erster Linie im nationalen Naturschutzrecht umzusetzen. In der umzusetzenden Rechtsvorschrift ist auf die Umsetzung hinzuweisen.

Zu § 43 („Übergangsbestimmungen“):

Die Bestimmungen sollen einen reibungslosen Übergang zwischen der alten und der neuen Rechtslage ermöglichen.

Abs. 3:

Um die in der Anlage angeführten nach dem Reichsnaturschutzrecht erlassenen Verordnungen weiter gelten zu lassen, ist eine Übernahme in das neue Gesetz notwendig. Ohne ausdrückliche Übernahme würden diese Verordnungen mangels einer Rechtsgrundlage im neuen Gesetz außer Kraft treten.

Abs. 4:

Mit der Regelung soll für Fälle vorgesorgt werden, in denen eine zur Zeit der Geltung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes 1976 verbotene Veränderung gemäß § 34 Abs. 1 vorgenommen wurde, die Behörde aber noch nicht die Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes vorgeschrieben hat.

Abs. 5:

Rechtmäßig ist die Weiterführung von bereits vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes begonnenen Vorhaben oder Maßnahmen, wenn sie entweder im Umfang sämtlicher erforderlichen verwaltungsbehördlichen Bewilligungen stattfinden oder bisher keiner behördlichen Bewilligung bedurften.

Zu § 44 („Inkrafttreten“):

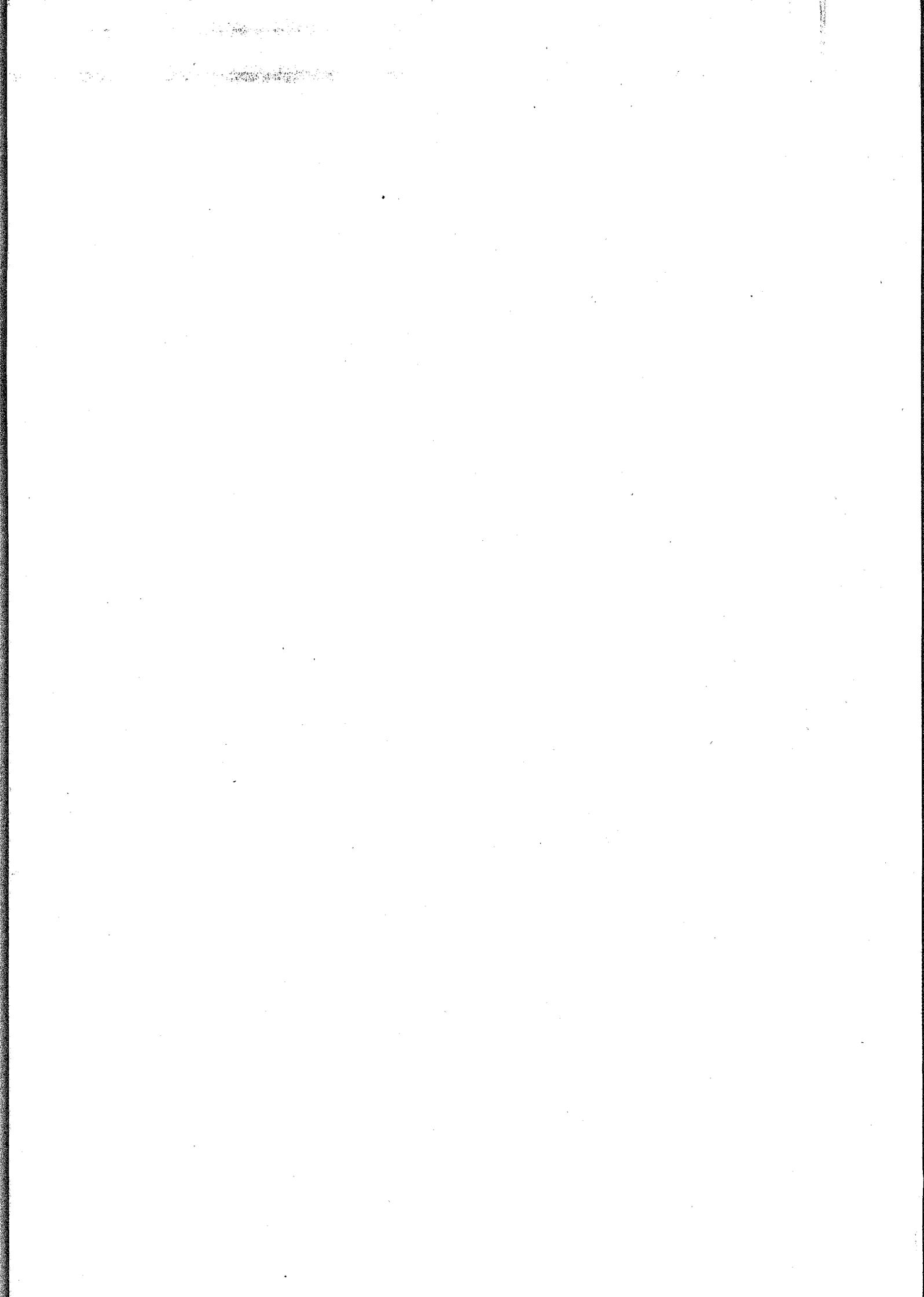
Der zeitliche Beginn der Anwendbarkeit des Gesetzes ist mit Angabe des Datums festzulegen.

Zu § 45 („Außerkräfttreten“):

Alle nach dem Steiermärkischen Naturschutzgesetz 1976 bisher erlassenen Verordnungen bleiben aufrecht, da im neuen Gesetz weiterhin die Rechtsgrundlagen für deren Erlassung bestehen.

Zu den Art. 2 bis 6:

In den jeweiligen Landesgesetzen sind die auf das Steiermärkische Naturschutzgesetz 1976 bezugnehmenden Bestimmungen zu ändern. In den anzupassenden Bestimmungen wird allgemein - ohne das neue Naturschutzgesetz zu zitieren - auf die zu beachtenden naturschutzrechtlichen Bestimmungen verwiesen.



Hinterlegung

bei Post-Geschäftsstelle

--	--	--	--

Beginn der Abholfrist

--	--	--	--	--	--	--	--

Verständigung zur Hinterlegung

- in Abgabebereitschaft eingelegt
- an Abgabestelle zurückgelassen
- an Eingangstür angebracht



BRIS

SEK. V